



Protokoll der 3. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. September 2024, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Jacques Heller (SP) und Markus Hügin (SVP)

Abwesend: -

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Ratssitzung vom 21.08.2024 <i>://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 21. August 2024 wird einstimmig mit der beantragten Änderung und Korrektur der Fraktionsbezeichnung im Zusammenhang mit der Geschäftsreglementsänderung des Einwohnerrates von § 63 Abs. 1 auf Seite 39 genehmigt.</i>	-
2. Ersatzwahlen in Kommissionen BPK, GPK und GOR <i>://: Dem Wahlvorschlag der Grünen Fraktion wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt:</i> <ul style="list-style-type: none">• <i>Holinger Matthias (GL) anstelle von Baumgartner Anita (GL) als BPK-Ersatzmitglied.</i>• <i>Holinger Matthias (GL) anstelle von Schenker Sibylle (GL) als GPK-Vizepräsident.</i>• <i>Holinger Matthias (GL) anstelle von Schenker Sibylle (GL) als GOR-Mitglied.</i>	2024-10
3. Ersatzwahl in Kommission FIKO <i>://: Einstimmig wird Meyer Denise (SVP) anstelle von Schäfli Patrick (SVP) als FIKO-Mitglied gewählt.</i>	2024-11
4. Schulanlage Fraumatt, Erweiterungsbau <i>://: Einstimmig wird die Vorlage an die federführende BPK zur Vorberatung überwiesen und die SBK zu einem Mitbericht eingeladen.</i>	2024-12
5. Reglement Feuerungskontrolle (761.1), Totalrevision <i>://: Einstimmig wird die Vorlage zur Vorberatung an die GOR überwiesen.</i>	2024-13
6. Spielplatz-Gestaltung Rotacker – Interpellation «Naturnahe Gestaltung und Entsiegelung des Spielplatzes auf dem Schulareal Rotacker» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion und Jacques Heller der SP-Fraktion <i>Der Vorstoss wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2024-222
7. Salzgewinnung Röserental – Interpellation «Salzgewinnung aus dem Röserental – geplante Sondierbohrung 2024 und weiteres Vorgehen» von Lukas Flüeler und Simone Burkhardt der Grünen Fraktion <i>Der Vorstoss wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2024-223

8. Sexualaufklärung – Interpellation «Sexualaufklärung und Schutz vor Diskriminierung» von Séverine Salathe der SP-Fraktion, Alexandra Muheim der SP-Fraktion, Verena Baumgartner der Grünen Fraktion sowie Eva Eugster der FDP-Fraktion 2024-224
Der Vorstoss wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
9. Bestattungs- und Friedhofreglement – Motion «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes vom 01. August 2003» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion 2024-225
://: Der von einer Motion in ein Postulat umgewandelte Vorstoss wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.
10. Videoüberwachung Abfallstellen – Motion «Gesetzliche Grundlage betreffend Video-Überwachung von Abfallstellen» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion 2024-226
://: Die von der Verfasserin umformulierte Motion wird mit 6 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.
11. Gastronomiefreundliche Fasnacht - Bericht Stadtrat zu Postulat «Für eine gastronomiefreundliche Fasnacht» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion 2023-168
2023-168a
*://: Der stadträtliche Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2023-168a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
://: Das Postulat Nr. 2023-168 wird mit 37 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme als erfüllt abgeschrieben.*
12. Pflichtparkplätze – Bericht Stadtrat zu Postulat «Teilrevision Zonenreglement Siedlung für weniger Parkplätze» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion 2023-186
2023-186a
*://: Der stadträtliche Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2023-186a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
://: Das Postulat Nr. 2023-186 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.*

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertretenden und Gäste zur heutigen Sitzung.

Die Namen der entschuldigenden und für die heutige Sitzung abgemeldeten Ratsmitglieder werden verlesen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) macht als Präsident folgende Mitteilung:

- Das Büro hat im Zusammenhang mit den interfraktionellen Restaurantbesuchen entschieden, dass künftig alle Interessierten jedes 2. Mal gemeinsam nach der Ratssitzung ein Restaurant besuchen werden, dies das nächste Mal am 27. November 2024.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung dauert bis ca. 20.00 Uhr und wird um ca. 18.30 Uhr durch eine Pause unterbrochen.
- Zur heutigen Sitzung wird speziell Einwohnerrat Matthias Holinger (GL) begrüsst, welcher anstelle von Sibylle Schenker (GL) per 1. September 2024 in den Rat nachgerückt ist. Dieser wird von Anita Baumgartner der Grünen Fraktion vorgestellt: Matthias Holinger wohnt seit 50 Jahren in Liestal und ist wohl allen bestens bekannt. Er hat drei Kinder und wohnt im wunderschönen Langhagquartier. Er hat eine etwas längere Sommerpause gemacht und ihre Fraktion ist froh, dass er die Lücke von Sibylle Schenker (GL) wieder füllen kann und er wieder im Einwohnerrat so wirken wird, wie man es von ihm gewohnt ist.
- Patrick Schäfli (SVP) hat aus beruflichen Gründen am 11. September 2024 seinen sofortigen Rücktritt erklärt.
Als Nachfolger von Patrick Schäfli (SVP) darf Simon Wiesner (SVP) als neues Ratsmitglied willkommen geheissen werden. Dieser wird von Markus Rudin der SVP-Fraktion vorgestellt: Simon Wiesner ist 1991 geboren und arbeitet als Wirtschaftsingenieur bei der Hoffmann-La Roche AG. Er macht in der Clique „Burgstroosknaller“ mit und hat auch die Fasnachtsplaketten der Jahre 2023 und 2024 kreiert. Er ist aktiver Fussballer bei den Senioren und reist gerne in der Freizeit.

Neue persönliche Vorstösse

- Vereinsehrung – Postulat «Vereinsehrung als Ergänzung zur Sportpreis-Verleihung» von Anja Weyeneth der SP-Fraktion (Nr. 2024-14)
- Sicherheit Liestal – Postulat zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und zur Bekämpfung der Kriminalität in Liestal von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2024-15)

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Marie-Theres Beeler hält fest, dass wir ja einige Brücken über die Ergolz haben, so auch das Grammetbrüggli. Diese Brücke ist nicht mehr sicher und musste gesperrt werden. Auf der Homepage wurde darüber bereits informiert und auf die Hinweisschilder verwiesen, welche alternativen Fusswegrouten genutzt werden können.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren angemeldet, um eine persönliche Erklärung oder Fraktionserklärung abgeben zu können.

Traktandenliste

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste der heutigen Ratssitzung angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 7. August 2024 einstimmig beschlossen.

1. Protokoll der Ratssitzung vom 21.08.2024

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert darüber, dass das Büro die Genehmigung des Protokolls vom 21. August 2024 mit 3 Anpassungen auf Seite 39 beantragt wird, denn der Antrag ist von der Grünen Fraktion und nicht von der SP-Fraktion gestellt worden:

ER-Geschäftsreglement, Revision – § 63 Abs. 1 Beschlussfähigkeit

...

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass es mit beiden Antragsformulierungen möglich ist, dass man notfalls gar noch elektronische virtuelle Sitzungen durchführen könnte. Er muss zugestehen, dass der Änderungsantrag der Grünen Fraktion (*nicht SP-Fraktion*) sprachlich einfacher formuliert ist.

Er kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und verliert die beiden Anträge des Ratsbüros sowie der Grünen Fraktion (*nicht SP-Fraktion*) nochmals.

://: Der Änderungsantrag der Grünen Fraktion (*nicht SP-Fraktion*) mit dem Wortlaut von § 63 Abs. 1 «*Der Rat ist beschlussfähig, wenn mindestens 21 Mitglieder des Rates an der Sitzung teilnehmen.*» wird grossmehrheitlich von 35 Ratsmitgliedern unterstützt.
Dem Antrag des Ratsbüros stimmen 2 Ratsmitglieder zu.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass zum Änderungsantrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 21. August 2024 wird einstimmig mit der beantragten Änderung und Korrektur der Fraktionsbezeichnung im Zusammenhang mit der Geschäftsreglementsänderung des Einwohnerrates von § 63 Abs. 1 auf Seite 29 genehmigt.

2. Ersatzwahlen in Kommissionen BPK, GPK und GOR (Nr. 2024-10)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass offen und gesamthaft gewählt wird und keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der Grünen Fraktion werden mit 35 Stimmen und 1 Enthaltung gewählt:

Bau- und Planungskommission (BPK)

Holinger Matthias (GL) anstelle von Baumgartner Anita (GL) als BPK-Ersatzmitglied

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Holinger Matthias (GL) anstelle von Schenker Sibylle (GL) als GPK-Vizepräsident

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

Holinger Matthias (GL) anstelle von Schenker Sibylle (GL) als GOR-Mitglied

3. Ersatzwahl in Kommission FIKO (Nr. 2024-11)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass offen und gesamthaft gewählt wird und keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion wird einstimmig gewählt:

Finanzkommission (FIKO)

Meyer Denise (SVP) anstelle von Schäfli Patrick (SVP) als FIKO-Mitglied

4. Schulanlage Fraumatt, Erweiterungsbau (Nr. 2024-12)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) als federführende Kommission zur Vorberatung vor und die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) soll gemäss § 57 des ER-Geschäftsreglementes zu einem Mitbericht eingeladen werden.

Peter Bürgin (FDP) erklärt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass man den Büro-Vorschlag unterstützt. Seit längerer Zeit hinken wir bezüglich der Bereitstellung von Schulräumen dem Bedarf hinterher. Die Schulraum-Masterplanung sieht schon seit 2020 vor, dass im Fraumatt zusätzlicher Schulraum für den zweiten Klassenzug bereitgestellt werden muss. Schon jetzt reicht der Schulraum gemäss Raumprogramm für den dort untergebrachten Klassenzug nicht mehr. Die Situation bezüglich genügend Schulraum ist im Fraumatt noch verschärft, weil der Anteil fremdsprachiger Kinder überdurchschnittlich hoch ist. Auch die Tagesstrukturen werden in dem Quartier zu einem höheren Prozentsatz genutzt, was zusätzlichen Raumbedarf nötig macht. Aus all diesen Gründen muss die ursprüngliche Machbarkeitsstudie dem neuen Raumprogramm angepasst werden. In der Folge musste das ganze Bauvolumen erhöht werden, was zu den massiv steigenden Kosten führt. Es ist angezeigt, dass die SBK das Raumprogramm noch einmal intensiv hinterfragt und die BPK dann die Bausituation mit der speziellen Geologie unter die Lupe nimmt, denn der Bruttokredit von CHF 6,989 Mio. für den Erweiterungsbau im Fraumatt ist wieder eine sehr grosse Kiste für die Stadt Liestal.

Anja Weyeneth (SP) ist als SP-Fraktionssprecherin der Meinung, dass man diesen Bau in Angriff nehmen muss, denn nicht alles kann im Moment wegen Einsparungen planmässig gebaut werden. Darum ist es gut, dass man das Projekt in Angriff nimmt und es nicht noch mehr Stau gibt. Die Überweisung an die BPK und auch an die SBK für einen Mitbericht wird unterstützt. Von der BPK sollte geklärt werden, was bei der Optimierung verloren gegangen ist. Massgebend für das Lernklima von Schülerinnen und Schülern ist die Raumplanung, die Raumgestaltung sowie die Raumeinteilung und diesbezüglich sollte man gut hinschauen, ob alles berücksichtigt wurde. Auch kann in der Vorlage gelesen werden, dass es sich dort um ein eher instabiles Gebiet mit möglichen Problemen bezüglich Rutschungen, Tragsicherheit und Grundwasservorkommen handelt, was nochmals gut unter die Lupe zu nehmen ist. Auch die Frage bezüglich möglichen Alternativen zum Erneuerungsbau sollte geklärt werden. Der SBK möchte man mitgeben, dass nicht nur in Beton, sondern auch zu Gunsten der Schüler investiert werden sollte. Stimmt das Verhältnis aus Sicht der Pädagogik und der Bildung? Der Bedarf bzw. die Klärung und Bewegung der Schülerzahlen in den Quartieren müsste ebenfalls angeschaut werden.

Natalie Oberholzer (GL) orientiert als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass man die Ausgangslage, das Projekt und den Baubeschrieb ebenfalls angeschaut habe und der Bedarf nachvollziehbar ist. Trotzdem tauchen noch einige Fragen auf, welche man etwas vertiefter abgeklärt haben möchte. Warum wird nur Minergie Eco und nicht Minergie P Eco mit einer maximalen Energieeffizienz geplant, um die gesetzten Netto-Null-Ziele sowie Eniergkosteneinsparungen erreichen zu können? Und warum wird Holz als Baustoff, welches ja CO₂-Speicher hat, nicht in Erwägung gezogen? Auch den Erweiterungsbau-Standort möchte man nochmals genauer anschauen. Macht es wirklich Sinn in einem Rutschgebiet zu bauen oder gäbe es allenfalls Alternativen? Auch der sehr hohe Anteil im Kostenvoranschlag für Elektroinstallationen wirft Fragen auf und man möchte dazu noch detailliertere Informationen erhalten. Es macht also durchaus Sinn, dass wir das Geschäft an die BPK überweisen. Ebenso ist es gut, wenn das Ganze parallel dazu auch von der SBK behandelt wird und von dieser beispielsweise geklärt wird, ob die geplante Raumaufteilung sinnvoll und zeitgemäss ist, ob man den heutigen Lernformen gerecht wird usw. Und ist die Bibliothek im zweiten OG überhaupt

vorschriftskonform? Somit wird auch eine Überweisung an die SBK für einen Mitbericht unterstützt.

Markus Rudin (SVP) berichtet als SVP-Fraktionssprecher, dass man die Überweisung an die BPK und auch an die SBK für einen Mitbericht unterstützt, damit all die Fragen in der Vorberatung geklärt werden können.

Sonja Niederhauser (EVP) gibt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion bekannt, dass man den Vorschlag des Büros unterstützt und ihre Fraktion verschiedene Fragen direkt noch bei der Kommissionsberatung einbringen wird.

Bernhard Bonjour (SP) teilt als Einzelsprecher mit, dass er gerne noch eine Frage an die SBK präzisieren möchte. Es besteht immer ein Bisschen die Gefahr, dass gesagt wird, dass mit Sachzwängen operiert wird. Der Kanton schreibt ganz viel vor und das Raumprogramm mit Zimmergrössen usw. ist vorgegeben. Er findet es ganz wichtig, dass man in Alternativen denkt und genügend Fantasie einbringt. Um solche Fragen sollte sich die SBK kümmern. Was sind die pädagogischen Prioritäten, welche bei diesem Projekt dahinterstecken? Idealerweise wird beim Prozess für einen Schulhaus-Neubau vor allem einmal das Schulkollegium bezüglich der neuen Bedürfnisse, den pädagogischen Ideen usw. befragt. Und erst nach diesem Prozess kann man nachher schauen, was davon dann umgesetzt werden könnte. Der Kredit von 10 Mio. Franken ist ein grosser Brocken und so haben wir auch ein Anrecht darauf zu wissen, welche pädagogischen Überlegungen dahinterstecken. Seine Erfahrung ist, dass Schulhäuser ganz unterschiedlich gebaut werden können. Und einige der einflussreichsten Schulentwicklungen haben mit einem Schulhausneubau stattgefunden, bei welchem auch die pädagogische Grundidee thematisiert wurde. Er möchte Auskunft darüber, wie dieser Prozess in Liestal gelaufen ist und er findet es wichtig, dass die SBK hier einen Finger darauflegt.

Anita Baumgartner (GL) führt aus, dass dieses Geschäft gemäss § 6 der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum, sprich der Volksabstimmung, untersteht. Es wird einmal mehr ein Kredit mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % beantragt. Folglich wäre ein Nachtragskredit erst bei einer Überschreitung der 10%-Grenze nötig. Von der BPK sollte deshalb abgeklärt werden, inwiefern diese Regelung überhaupt verhält. Ist die Regelung mit der Kostengenauigkeit von +/- 10 % vernünftig, zweckmässig und rechtlich zulässig? Sie wäre froh, wenn sie eine diesbezügliche Antwort im BPK-Bericht lesen könnte. Und sollte dies nicht der rechte Ort dafür sein, so würde sie diese Frage wieder zurücknehmen und sich Gedanken darüber machen, wie sie diese Frage anderweitig klären könnte.

Stadtrat Daniel Muri führt aus, dass man all die Fragen und Empfehlungen noch an den Kommissionssitzungen thematisieren kann. Es liegt ein Projekt Plus mit vertiefteren Vorabklärungen vor, denn der Stadtrat hatte darauf verzichtet eine Machbarkeitsstudie mit einer Kostengenauigkeit von +/- 25% zu machen. Es brauchte zwar mehr Vorlauf und hatte zu etwas höheren Kosten geführt, weil man auch Untersuchungen und Probebohrungen gemacht hatte, damit man nicht noch einmal ins gleiche Fettnäpfchen wie beim Schulhaus Gestadeck tritt. Dank den zahlreichen Vorarbeiten und Optimierungen konnten die Kosten aber bereits gesenkt werden. Er freut sich auf die bevorstehenden Diskussionen in den vorberatenden Kommissionen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Vorlage Nr. 2024-12 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen und die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zu einem Mitbericht eingeladen werden.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert, dass der Baukredit dem obligatorischen Referendum mit zwei Lesungen im Einwohnerrat unterliegt. Die Gemeindeabstimmung soll am 18. Mai 2025 durchgeführt werden, weshalb die 1. Lesung im Einwohnerrat für die Ratssitzung vom 15. Januar 2025 vorgemerkt ist. Es wäre gut, wenn diese Termine eingehalten werden könnten, da diese im Gesamtprozess eingebettet sind. Dennoch ist es wichtig, dass das Geschäft eingehend und auch sauber behandelt wird.

5. Reglement Feuerungskontrolle (761.1), Totalrevision (Nr. 2024-13)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2024-13 an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Vorberatung vor.

Corinne Hügli (GLP) teilt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion mit, dass man den Vorschlag des Ratsbüros unterstützt.

Richard Gafner (FDP) hält als FDP/Mitte-Fraktionssprecher fest, dass auch seine Fraktion eine Vorberatung durch die GOR befürwortet. Die Vorlage wird ja aufgrund einer Änderung auf der Kantonsseite nötig und man findet es grundsätzlich auch gut, dass über einen Systemwechsel nachgedacht wird, wenn damit das liberalisierte Modell auch für die Öl- und Gasfeuerungskontrolle eingeführt werden kann. Man ist gespannt auf die Vorberatung in der GOR.

Patrick Mägli (SP) legt als SP-Fraktionssprecher dar, dass man die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die GOR ebenfalls unterstützen wird.

Marius Ziegler (SVP) führt als Sprecher der SVP-Fraktion aus, dass man eine Beratung durch die GOR ebenfalls befürwortet.

Stadtrat Daniel Muri hält fest, dass die Neuerung in einigen Nachbargemeinden bereits eingeführt wurde. Es macht Sinn, dass das Reglement von der dafür zuständigen Kommission GOR noch genau angeschaut wird.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Vorlage Nr. 2024-13 wird einstimmig an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Vorberatung überwiesen.

6. Spielplatz-Gestaltung Rotacker – Interpellation «Naturnahe Gestaltung und Entsiegelung des Spielplatzes auf dem Schulareal Rotacker» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion und Jacques Heller der SP-Fraktion (Nr. 2024-222)

Ratspräsident Thomas Eugster (FD) hält fest, dass die Dringlichkeit der Interpellation vom Rat an der Sitzung vom 24. April 2024 abgelehnt wurde.

Stadtrat Lukas Felix erklärt, dass er zuerst ein paar Vorbemerkungen machen möchte, weil es insbesondere auch um eine Petition von Eltern aus dem Rotacker-Quartier geht, wie dies auch im Vorstoss erwähnt ist. Die Petition ist im Bereich Bildung/Sport als Bestellerin von Schulraum eingereicht worden. Die Petition fordert explizit Bewegungselemente auf dem Pausenplatz und das hat den Stadtrat veranlasst, einen entsprechenden Budgetkredit einzustellen, damit die Umsetzung auch im Sinne einer pragmatischen Lösung möglich ist. Er möchte nun im Zusammenhang mit der Eltern-Partizipation auch darüber informieren, was beispielsweise seit Einreichung der Interpellation gelaufen und passiert ist. Im Vorstoss wird der Wunsch der Eltern nach einem naturnahen Pausenplatz erwähnt und das ist dann schon eine Differenz zu den Petitionsforderungen. Und so fragt er sich schon, für wen man denn überhaupt einen Pausenplatz machen soll. Auch beim vorgängigen Geschäft und Traktandum ist vorgebracht worden, dass Schulbauten und deren Umgebung in erster Linie für die Schülerinnen sowie Schüler und nicht für deren Eltern sein sollen. Er sieht es ebenfalls so, dass es auf dem Rotacker-Pausenplatz zu wenige Bewegungselemente gibt.

Zur Frage 1: Was ist denn ein nachhaltiger Spielplatz? Auch der Stadtrat möchte einen nachhaltigen Spielplatz und vielmehr soll der Spielplatz von den Kindern auch nachhaltig benutzt und darauf gespielt werden können. Beim partizipativen Verfahren wurden auch die Meinungen und Wünsche der Kinder im Kinderparlament des Rotacker-Schulhauses abgeholt. Die Partizipation der Eltern in diesem Prozess ist aus verschiedenen Gründen gescheitert. Man hat sich irgendwie in Detaildiskussionen bezüglich der Ausführung nicht finden können, weshalb sich diese aus dem laufenden Prozess verabschiedet haben, was er sehr schade findet. Aus eigener Erfahrung im Zusammenhang mit dem Frenken-Schulhaus schätzt er solche partizipativen Mitwirkungen. Dort hatte es sehr gut funktioniert und auch die Eltern konnten sich in dem ihnen zur Verfügung stehenden Rahmen einbringen, denn die Eltern können nicht einfach unbegrenzt ein Projekt selber planen. Er selbst wäre wohl einer der Letzten, welcher sich gegen Biodiversitätsflächen wehren würde, doch bezüglich einer Verknüpfung mit Schulhausplatzflächen habe er doch grössere Bedenken, denn es kann ja nicht sein, dass schlussendlich Kinder nicht auf einem Spielplatz spielen dürfen, nur weil dieser als Biodiversitätsfläche ausgedehnt ist. Somit hat man eine grössere Differenz, da die Nutzung des Spielplatzes von der Stadt ganz anders vorgesehen ist. Er reitet nun vielleicht etwas auf einer Begrifflichkeit herum, aber diesbezüglich möchte er einen grossen Vorbehalt anbringen.

Für die Beantwortung der restlichen Fragen möchte er das Wort nun seinem Stadtratskollegen Daniel Muri als Vorsteher des Bereichs Hochbau/Planung weitergeben.

Stadtrat Daniel Muri hält fest, dass er irrtümlicherweise der Meinung war, dass die Fragen der Interpellanten schriftlich beantwortet wurden, was aber nicht der Fall ist, weshalb er diese nun mündlich beantworten wird.

Zur Frage 1: Die diesbezügliche Antwort wurde vorgängig bereits von Stadtrat Lukas Felix gegeben. Im primären Interesse der Eltern, der Schule und des Stadtrates war es, mit dem vorhandenen finanziellen Spielraum möglichst pragmatisch den Kindern mehr Spielgeräte zur Verfügung stellen zu können. Dies stand auch im Fokus der gemeinsamen Erarbeitung des Bauprojekts unter Einbezug der Lehrerschaft, des Kinderparlaments und der Elterngruppe. Im Budget sind dafür TCHF 50 eingestellt worden.

Zur Frage 2: Wer am Samstag bei der öffentlichen Eröffnung war, konnte sehen, dass wir das Know-how in der Verwaltung für die Umsetzung solcher Projekte haben.

Zur Frage 3: Nein, die budgetierten Mittel reichen nicht. Und für die Mittelbeschaffung bei Stiftungen braucht es vorgängig ein Projekt, Geologen, Bodenuntersuchungen, Landschaftsarchitekten, Spielplatz-Architekten usw. Und hätte man ein solches Projekt gemacht, wäre dafür

wohl bereits 1/3 des budgetierten Betrages von TCHF 50 beansprucht worden.

Zur Frage 5: Nein, aus den vorgenannten Gründen ist auch kein Konzept für die Biodiversitätsförderung ausgearbeitet worden.

Zur Frage 6: Aus bekannten Gründen konnte kein Auftrag für Bauarbeiten vergeben werden.

Zur Frage 7: Wegen dem fehlenden Projekt muss diese Frage verneint werden. Von der Stadt wurde mit einer pragmatischen Lösung vorgesehen, dass 300 – 400 Löcher in den Asphalt gebohrt werden, damit das Wasser versickern kann. Auf den Kieskoffer hätten dann eine Rutsche und eine Reite installiert werden können und mit dieser Lösung könnten die Kinder theoretisch heute damit spielen.

Zur Frage 8: Ob der asphaltierte Untergrund durch Schadstoffe belastet ist, können wir wegen dem fehlenden Projekt auch nicht wissen.

Zur Frage 9: Betreffend Zeitplan und dem weiteren Vorgehen hat er sich auch Gedanken gemacht, da doch viele Personen mitreden und mitplanen möchten. So wünschen sich ja auch nicht alle Eltern einen Spielplatz, wie er mit der Petition verlangt wird. Und bis wir Erwachsenen zur Feststellung gelangt sind, was für unsere Kinder das Beste sein könnte, sind diese inzwischen vermutlich auch erwachsen geworden. Es ist zu hoffen, dass es nicht eine Endloschleife geben wird. Es wurde eine pragmatische Lösung vorgestellt, welche mit dem Budgetbetrag von TCHF 50 hätte realisiert werden können und auf diesem Platz hätte man darauf auch nachhaltig spielen können.

Natalie Oberholzer (GL) erklärt als Interpellantin, dass sie die Diskussion wünscht.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Natalie Oberholzer (GL) bedankt sich als Interpellantin zuerst für die Beantwortung der zahlreichen Fragen. All die Fragen stammen nur zum Teil von den Verfassern des Vorstosses, sondern zu einem grossen Teil auch von Eltern mit Kindern vom Rothacker-Schulhaus. Diese haben den Weg über den Einwohnerrat gewählt, weil ihre früheren direkten Fragen an die Stadt lange Zeit einfach ignoriert worden sind, was noch vor den Sommerferien passiert ist. Es hat der Dialog gefehlt. Die zwei Parteien, die Eltern und die Stadt, haben anscheinend aneinander vorbeigeredet. Den engagierten Eltern ist es ein grosses Anliegen, eine nachhaltige und ganzheitliche Lösung für einen Spielplatz zu finden, auch wenn sie das anfänglich nicht klar deklariert hatten, denn sie sind eigentlich davon ausgegangen, dass dies in der heutigen Zeit selbstverständlich ist. Dass man dann einfach Erde auf Asphalt schüttet - damit hat niemand gerechnet. Dies ist für die Eltern und auch die Interpellanten in der heutigen Zeit unverständlich. Auch die Biodiversitätsstelle des Kantons hat gefunden, dass dies eine Riesensauerei mit Matsch usw. gäbe, wenn man das so durchführen würde. Bei Um- und Neugestaltungen sollte eigentlich in der heutigen Zeit die Bodenentsiegelung und die Biodiversitätsförderung automatisch mitgedacht und mitgeplant werden. Der offizielle Grund für den Verzicht auf die Bodenentsiegelung ist gemäss Stadt das beschränkte Budget. Darum haben engagierte Eltern eine Arbeitsgruppe gebildet und sich mit viel Energie und zahlreichen Stunden auf die Suche nach zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten für einen zukunftsfähigen entsiegelten Spielplatz gemacht. Mit Erfolg haben sie den Frauenverein für eine grosse finanzielle Unterstützung für Sitzgelegenheiten mit Spielmöglichkeiten gewinnen können. Ebenso hat sich die Bürgergemeinde bereit erklärt, die Naturalien zu spenden und mit personellen Eigenleistungen die Eltern bei der Umsetzung zu unterstützen. Auch der WWF beider Basel konnte für eine finanzielle Unterstützung gewonnen werden. Und zur Finanzierung von Schattenpflanzen zur Bekämpfung der extremen Wärmebelastung wurde die Krebsliga kontaktiert. Zusätzlich haben erfolgsversprechende Vorgespräche mit Stiftungen stattgefunden, welche für eine endgültige Zusage noch weitere Unterlagen zum Projekt verlangt hatten. Doch auf die Unterlagen vom Hochbauamt beziehungsweise von der Schulleitung haben die Eltern vergeblich gewartet. Diese Unterlagen sind ihnen ursprünglich auf Juli versprochen worden, aber auch ein mehrmaliges Nachhaken hatte nichts genützt. Die Zeit ist davongelaufen und die Eingabefristen bei den Stiftungen sind abgelaufen. Und das nur wegen der fehlenden Kooperation seitens der Stadt. Die Arbeitsgruppe der Eltern hat jetzt leider den Bettel hingeworfen, wie dies

von Stadtrat Lukas Felix bereits erwähnt wurde. Die Arbeitsgruppe ist schwer frustriert wegen dem Verhalten der involvierten Personen in der Verwaltung. Sie haben die Arbeitsgruppen aufgelöst und werden auch nicht mehr an der viel zu spät angesetzten Sitzung im Oktober teilnehmen. Auch mit den geplanten Stiftungsgesuchen ist man zu spät dran, um noch Gelder für das Jahr 2025 erhalten zu können. Die Energiereserven der Eltern sind aufgebraucht und ihre Nerven liegen blank. So ist ihr gesagt worden, dass man das Verhalten einzelner Behördenmitglieder sehr bedauerlich findet und vor allem die fehlende Dialogbereitschaft mit den Eltern wird bemängelt. Die Abmachungen wurden nicht eingehalten und die versprochenen Unterlagen sind nicht bis im Juli geliefert worden. Die intransparente Kommunikation sowie widersprüchliche Aussagen betreffend die Entsiegelung werden nicht verstanden. Die Stadt hat die Chance verpasst, einen tollen Spielplatz beim Rotacker-Schulhaus mit Hilfe von verschiedenen Stiftungsgeldern sowie weiteren Unterstützungen realisieren zu können. Es hätte die Stadt keinen zusätzlichen Franken gekostet, doch weil sie die versprochenen Unterlagen nicht zeitgerecht geliefert haben, wurde diese Chance verpasst und stattdessen bleiben frustrierte Einwohnerinnen und Einwohner zurück, welche sich vermutlich nie mehr für ein öffentliches Projekt freiwillig engagieren werden. Wir hoffen sehr, dass bei zukünftigen Vorhaben der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und der Stadt besser funktionieren wird.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich Jacques Heller (SP) für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste und sich stellvertretend für ihn niemand aus der SP-Fraktion zu Wort meldet. Und nach einer weiteren Umfrage muss er feststellen, dass sich keine Fraktions- und auch keine Einzelsprecher zu Wort melden, weshalb sich nun der Stadtrat nochmals äussern kann.

Stadtrat Lukas Felix nimmt Bezug auf das Votum von Interpellantin Natalie Oberholzer (GL) und er möchte doch einige Punkte nicht absolut unwidersprochen lassen. Er hatte an diversen Sitzungen teilgenommen. Die grundsätzliche Diskrepanz liegt darin, wer denn das Projekt leitet, was er auch aus dem Votum der Interpellantin heraus gespürt hatte. Das Projekt ist auf einer Anlage der Stadt Liestal, welches die Bedürfnisse der Primarschulkinder von Liestal abdecken soll und deshalb ist er der Ansicht, dass die Projektleitung absolut bei den Verantwortlichen vom Departement Hochbau/Planung liegt und dass diese das Projekt hätten leiten und vorantreiben müssen, was ein Missverständnis war. Er hatte sich persönlich für eine Mitarbeit zur Beschaffung von Stiftungsgeldern anboten. Das ist leider nie wahrgenommen worden und so darf nicht der Eindruck entstehen, dass bei der Stadt Liestal niemand etwas gemacht hat. Er glaubt, dass viele Missverständnisse vorliegen und viele Dinge der Kommunikation innerhalb der Verwaltung nicht richtig gelaufen sind.

Stadtrat Daniel Muri hält fest, dass das Projekt tatsächlich nicht glücklich gelaufen ist. Wenn nun aber eine Stiftung ein Projekt im Zusammenhang mit dem Unterstützungsgesuch haben möchte, müsste man ein solches Projekt dann halt auch besitzen. Doch ein solches kostet wiederum Geld und dem Stadtrat sind bezüglich dem Budget die Hände gebunden. Man kann nun aber wieder auf das Feld 1 zurück und das Ganze noch einmal aufrollen sowie einen grösseren Budgetbetrag einstellen. Vielleicht hätte schlussendlich eine pragmatische Lösung den Kindern mehr gedient. Projekte mit verschiedenen Partizipationen werden zunehmen und man muss sich schon auch bewusst werden, dass diese einen riesigen zeitlichen Mehraufwand mit aufwändigen Ressourcen für die Verwaltung und auch die Politik mit sich bringen werden.

Natalie Oberholzer (GL) stellt fest, dass das Geschäft zwischen zwei Bereichen hin und her geschoben wurde und nicht klar war, wer dafür die Projektleitung übernimmt. Und genau ein solches übergeordnetes Projekt wäre ein gutes Beispiel dafür, welches von einer Nachhaltigkeitsstelle oder einer Umweltstelle genauer angeschaut werden könnte.

Richard Gafner (FDP) möchte in einem persönlichen Statement festhalten, dass er es sehr schade findet, dass auch beispielsweise seitens Eltern viel Energie in das Projekt investiert wurde und dieses schlussendlich mangels Kommunikation scheiterte, was jetzt zahlreiche frustrierte Leute zurücklässt. Er hofft, dass man die Lehren daraus ziehen wird und in Zukunft besser darauf schauen wird, dass engagierte Eltern auch entsprechend abgeholt werden.

Stadtrat Daniel Muri hält fest, dass der Bereich Bildung/Sport die Bestellerin ist und der Bereich Hochbau/Planung dann für die Projektausführung verantwortlich zeichnet.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2024-222 durch den Stadtrat.

7. Salzgewinnung Röserental – Interpellation «Salzgewinnung aus dem Röserental – geplante Sondierbohrung 2024 und weiteres Vorgehen» von Lukas Flüeler und Simone Burkhardt der Grünen Fraktion (Nr. 2024-223)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass auch die Dringlichkeit dieser Interpellation vom Rat an der Sitzung vom 24. April 2024 abgelehnt und das Geschäft mehrmals vertagt wurde.

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält fest, dass seit der Einreichung des Vorstosses wiederum sehr viel gelaufen ist. Es hat alles etwas länger gedauert, als man gedacht und so stehen wir heute vor einer ganz anderen Ausgangslage. So viel er weiss, ist beispielsweise noch kein Baugesuch eingereicht worden. Er wird nun die Fragen der Interpellation beantworten und am Schluss noch die stadträtliche Sicht darlegen.

Zur Frage 1: Bei dieser Frage wird die Informationspflicht angesprochen. Er möchte jedoch daran erinnern, dass nicht die Stadt verantwortlich zeichnet, denn dies ist wie bei allen Projekten, Quartierplänen usw. Sache der Bauherrschaft. An einer letzten Ratssitzung hatte er bereits festgehalten, dass der Stadtrat darauf schauen wird, dass alles sauber ablaufen wird.

Zur Frage 2: Diese Frage bzw. die Probebohrungen sind ebenfalls beim Anlass vor den Sommerferien beim Bohrstandort thematisiert worden. Gemäss seismologischen Untersuchungen ist das Salz dort wie eine Crèmeschnitte und die Schichtungen scheinen für die Saline sehr interessant zu sein und diese sollen nun noch weiter untersucht werden. Anstelle von langen Bohrungen soll nun 1 Produktionsbohrung gemacht werden, welche im Durchmesser grösser ist. Aufgrund der Ergebnisse und seismologischen Untersuchungen wird sich dann zeigen, ob eine Salzförderung Sinn macht oder eben nicht. Hätte man hingegen eine Sondierbohrung gemacht und wäre auch auf Salz gestossen, wäre nach dem Bewilligungsverfahren Salz gefördert worden. Dafür müsste ein zweites Loch gemacht werden, was auch mehr Auswirkungen für die Bevölkerung haben würde.

Zur Frage 3: Es ist wie immer alles auf dem offiziellen Weg gelaufen und es ist auch nicht die Aufgabe des Stadtrates, den Einwohnerrat über jedes Baugesuch in Liestal informieren zu müssen. Die Informationspflicht liegt bei der Bauherrschaft.

Zu den Fragen 4 - 6: Für das Baugesuchsverfahren zeichnet ganz klar der Kanton verantwortlich. Das Baugesuchsverfahren richtet sich nach Art. 24 des Raumplanungsgesetzes, der Schutzbedürftigkeit nach ISOS usw. Spätestens dann, wenn ein ganzes Sonderfeld und eine Produktionsanlage angelegt werden sollen, müsste das ganze Projekt bewertet und beispielsweise auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht werden.

Zur Frage 7: Hinsichtlich den Lärmemissionen ist es so, dass auch diese Fragen natürlich geklärt werden müssen. Das Thema ist wiederum, wie man Lärm wahrnimmt. Gemäss Saline sollen es 50 Dezibel sein, wenn die temporären Wände aufgestellt sind. Mittlerweile wurde gesagt, dass man auf Elektrobohrungen geht, was noch weniger laut sein sollte. 50 Dezibel tönt schon nach wahnsinnig viel, doch dies entspricht etwa der Lautstärke, welche er jetzt beim Reden produziert. Die Frage ist ja auch immer, wie erscheint der Ton im Umfeld. In Frenkendorf würden ein paar Häuser nahe bei den Bohrlöchern liegen, was natürlich Auswirkungen hätte. Im Übrigen hat die Saline versichert, dass man keinen 24 Stunden-Betrieb aufrecht erhalten wird, wie man dies anfänglich gedacht hatte, doch wird die Bohrung deshalb etwas länger dauern. Die Bohrungen werden unterbrochen, wenn dies möglich ist. Ein Unterbruch ist nicht möglich, wenn man in einer kritischen Schicht ist, denn dann könnte der Bohrkopf nicht weiter vorangetrieben werden. Auch Fragen bezüglich dem Erhalt von Tierarten müssen im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung UVP geklärt werden. Er hat gehört, dass von Birdlife gesagt wurde, dass beispielsweise Schleiereulen mehr Probleme mit Leuten haben, die dort oben parkieren, um mit ihren Hunden spazieren gehen zu können, als die Emissionen der Bohrungen. Diese Aussage hat er bis jetzt noch nicht bestätigt bekommen. Zur Frage 8: Eine UVP müsste dann gemacht werden, wenn ein Solefeld angelegt würde oder wenn dies im Rahmen des Baugesuchverfahrens vom Bauinspektorat verlangt würde, doch diesbezüglich hat die Stadt nichts zu tun.

Abschliessend möchte er noch ein paar politische Aussagen machen. Der Gemeinderat Frenkendorf und auch der Stadtrat Liestal haben die verschiedenen Informationsveranstaltungen ebenfalls besucht und haben dort auch Hand geboten, denn es wird ja auch erwartet, dass sich die Gemeinderäte sowie Stadträte zum Projekt äussern. Auch konnte man in einer landrätlichen Kommission bezüglich den Entschädigungsfragen vorsprechen, doch wurde ein symbolischer Betrag an die Gemeinden abgewiesen. Entsprechend ist deshalb bei diesem Thema auch die Entschädigungsfrage ein Thema und wie man damit umgeht. Bereits im Zusammenhang mit den Deponien hatte es geheissen, dass die Gemeinden ihre Arbeiten tun sollen und der Kanton dann das Geld bekommen wird. Der Landrat wird ja bald auch einmal über dieses Geschäft beraten und beschliessen.

Lukas Flüeler (GL) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Lukas Flüeler (GL) stellt fest, dass Salz schon immer eine wichtige und massgebende Rolle gespielt hat, was ja auch das Wandbild hier im Landratssaal verdeutlicht. Salz hatte schon bei der Kantonsgründung eine massgebende Rolle gespielt und ist heute Standort der Chemie. Salz wird ja auch als weisses Gold bezeichnet, welches man glücklicherweise in unserer Region vorfindet. Ein bisschen Goldgräberstimmung hatte er auch bei der Saline gespürt, als es um die Erschliessung eines neuen Feldes im Röserental ging. Auch hatte er das Gefühl, dass alles etwas zu schnell ging und die Saline aus seiner Sicht etwas unverständlich und blauäugig nach dem Erlebten auf der Rütihard reagiert hatte. Die Geschehnisse bei der Rütihard waren ja auch der Grund dafür, weshalb er eine dringliche Interpellation eingereicht hatte, nachdem er die Unterlagen zur Infoveranstaltung gesichtet und erfahren hatte, dass eine Sondierbohrung gerade als Produktionsbohrung gemacht werden soll. Und dies erst noch auf die Schnelle ohne übliches Baugesuchsverfahren. Und er hatte gefunden, dass sich dies nach dem Debakel bei der Rütihard nun nicht auch noch im Röserental wiederholen soll, welches im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz ISOS liegt. Wie bereits vom Stadtpräsidenten vorgängig gesagt wurde, ist zwischenzeitlich viel passiert. Es gab eine Begehung vor Ort und inzwischen ist auch eine Begleitgruppe gebildet worden, welche von der Saline einberufen wurde. Auch die Saline ist vom Widerstand der Bevölkerung, vor allem aus Frenkendorf, doch ein bisschen aufgeschreckt worden und hat den Kontakt gesucht. Er selbst hatte auch ein Gespräch mit dem CEO der Saline bei der erwähnten Begehung geführt und von der Saline ist zugestanden worden, dass man wohl doch etwas blauäugig ins Projekt in Liestal gestartet ist, weil man auch gedacht habe, dass es etwas einfacher als bei der Rütihard sein wird. Auf der Homepage der Saline konnte man zum Projekt lesen, dass das Baugesuch vom Frühling in den Oktober weiter nach hinten verschoben wurde. Und dieses ist von der kantonalen Behörde noch einmal weiter nach hinten verschoben worden. Und es wird wohl schon Gründe dafür geben, weshalb der Kanton nun etwas genauer hinschaut. Er möchte festhalten, dass er selbst ja nicht grundsätzlich gegen einen Salzabbau ist. Auch die Bauern haben nichts dagegen, dass auf ihrem Land Salz abgebaut wird, doch soll alles sauber ablaufen und die offenen Fragen geklärt werden, bevor man einfach Tatsachen schafft. Man muss genau hinschauen und die Ängste und die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen sowie Abwägungen bezüglich dem Einfluss und dem Nutzen vornehmen. In unserem Kanton gibt es ganz viele Salzgebiete und nicht nur dieses im Röserental in Liestal. Man weiss, dass sich Flächen mit Salzvorkommen bis nach Solothurn und in das Fricktal hinausziehen. Die Salzschiefer ist weit verbreitet und es gibt bestimmt auch andere Standorte, welche für die Salzgewinnung geeigneter als das Röserental wären. Er findet, dass man nun genau hinschauen muss und die Sache genau prüfen soll. Alle Interessierten können sich noch immer für eine Mitwirkung in der Begleitgruppe anmelden. Es ist wichtig, dass es nicht nur Ängste in dieser Gruppe gibt, sondern dass auch wieder eine Ausgewogenheit hergestellt werden kann. Er möchte an dieser Stelle auch dem Stadtpräsidenten für seinen Einsatz danken. Und wenn im Röserental gebohrt werden sollte, so müsste doch auch etwas für die Stadt Liestal und auch den Kanton

hinausschauen. Denn wenn man schaut, wer vom Salzkuchen etwas abbekommt und wieviel, so sollten auch diese Beträge und Beteiligungen angeschaut werden, was wohl zuerst im Landrat der Fall sein wird.

Peter Küng (SP) meint als SP-Fraktionssprecher, er könne das Votum von Interpellant Lukas Flüeler (GL) sehr unterstützen. Auch seine Fraktion spricht sich grundsätzlich für eine Salzgewinnung aus. Die gestellten Fragen der Interpellanten sind sehr wichtig und die Diskussion bezüglich der Salzgewinnung im Röserental wird uns wohl noch lange begleiten, sollten die Bohrungen tatsächlich kommen. Es ist wichtig, dass wir von Anfang an tief in das Geschäft hineingehen und auch genau hinschauen. Eine offene und proaktive Kommunikation der Saline ist äusserst wichtig. Vom Kanton hat man bis jetzt auch noch nichts gehört, dass das Baugesuch nach hinten geschoben wurde. Man hat einfach gemerkt, dass es im Moment sehr ruhig ist und nichts passiert. Salz ist eines unserer wichtigsten Lebensmittel, denn davon brauchen wir täglich 6 Gramm. Zum erwähnten weissen Gold kann er noch festhalten, dass Salz in früheren Jahrhunderten sogar als Lohn bzw. Zahlungsmittel gebraucht wurde, weshalb man auch von „Salaire“ spricht. Auch seine Fraktion spricht sich dafür aus, dass auch die Stadt Liestal eine finanzielle Entschädigung oder beispielsweise gratis Salz-Sole erhalten würde, sollte man im Röserental Salz gewinnen. Man möchte mitgeben, dass offen kommuniziert wird und auch die Leute mitnehmen soll, denn Unruhe dort hinten können wir nicht gebrauchen. Den Verfassern des Vorstosses wird nochmals der beste Dank ausgesprochen.

Sonja Niederhauser (EVP) führt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion aus, dass im Vorstoss viele wichtige Fragen gestellt wurden, was auch richtig ist. Die Fragen sind vom Stadtrat vertieft beantwortet worden. Von den Vorrednern ist bereits gesagt worden, dass das Projekt doch Ängste schürt, was zum Teil halt auch viel mit Unwissenheit zu tun hat. Entsprechend ist richtig, dass Informationen da sind. Informationen braucht es aber nicht nur im einen Moment, sondern jetzt eben auch weiterhin. Dieser Appell geht deshalb vor allem auch an die Saline, denn weitere Informationen an die Bevölkerung sind auch wichtig, auch wenn gerade nicht viel läuft. Alleine mit einer besseren Information kann wohl schon viel Goodwill geschaffen werden. Ihrer Fraktion ist es auch sehr wichtig, dass das Röserental als Naherholungsgebiet erhalten bleibt und nicht zu einem Industriegebiet wird. Auch bei diesem Thema spielt der Impact eine wichtige Rolle und auch der diesbezüglichen Unwissenheit kann man ja durchaus begegnen. Beim lesen des Vorstosses musste sie beim Thema Fledermäuse doch etwas schmunzeln. Dort wo sie aufgewachsen war, gab es neben ihrem Zimmer auch Fledermäuse und sie kann bestätigen, dass man diese tatsächlich nicht zu fest stören sollte. Diese waren ihr aber doch treu ergeben gewesen, unabhängig davon, ob sie nun laut Musik hörte oder gerade sauer war.

Stadtpräsident Daniel Spinnler teilt mit, dass der Stadtrat selbstverständlich weiterhin darauf schauen wird, was bezüglich dem Salinen-Projekt weiter gehen wird. Bereits bei der ersten Informationsveranstaltung merkte man schnell, welche Fragen interessieren und dass Ängste vorhanden sind, weil beispielsweise Dutzende von Lastwagen hin und her fahren oder gar das Haus zusammenbrechen könnte. Wichtig ist, dass es die Saline eingesehen hat, dass es eine Begleitgruppe braucht, damit die Leute mit auf den Weg genommen und gut informiert werden können. Er dankt ebenfalls für die Fragestellungen des Interpellanten und ist doch froh gewesen, dass der Vorstoss nicht als Postulat eingereicht wurde, denn diese Beantwortung hätte wohl einiges länger gedauert. Wenn weitere Fragen noch auftauchen oder Themen noch aufpoppen, so kann man sich auch direkt an ihn wenden, damit er gegebenenfalls bei der Saline vorstellig werden kann.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2024-223 durch den Stadtrat.

8. Sexualaufklärung – Interpellation «Sexualaufklärung und Schutz vor Diskriminierung» von Séverine Salathe der SP-Fraktion, Alexandra Muheim der SP-Fraktion, Verena Baumgartner der Grünen Fraktion sowie Eva Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2024-224)

Stadtrat Lukas Felix erklärt, dass von Stadtpräsident Daniel Spinnler im Anschluss noch ein paar Ergänzungen gemacht werden. Vor der Fragenbeantwortung möchte er zuerst noch drei allgemeine Kommentare zur Interpellation vorbringen. Der Stadtrat verurteilt jegliche Art von Diskriminierung, sei es gegen Lehrpersonen, Kinder, Jugendliche oder aber eigentlich in der gesamten Bevölkerung. Wir verurteilen die Diskriminierung nicht nur aufgrund der sexuellen Orientierung, sondern natürlich auch aufgrund der Herkunft, dem Aussehen, dem sozialen Status, der politischen Haltung usw. In Liestal sollen alle gleich behandelt werden. Und bei seinem zweiten Kommentar geht es etwas mehr um die Schule. Seit seinem Einstieg in die Bildungspolitik vor vier Jahren beobachtete er immer wieder, dass man immer wieder probierte, gewisse Themen zusätzlich noch in die Primarstufe rein zu packen, was zusätzliche Themen für den Unterricht betrifft. Die Grundzüge geben den Lehrplan im Kanton vor und für ihn ist es ein wichtiges Anliegen, dass man etwas davon wegholt, denn die Primarstufe ist eigentlich der Ort, wo die Grundlagen für den weiteren Bildungsweg gelegt werden sollten. Zentrale Aspekte sind für ihn der Deutschunterricht mit Lesen und Schreiben sowie Mathematik. Und dem Jahresprogramm sowie Entwicklungsplan kann man entnehmen, dass das Projekt „Leseförderung“ ein spezieller Schwerpunkt ist. Auch nimmt man im Vorstoss Bezug auf einen Fall im Kanton Zürich, doch diesen kann er selbst nicht beurteilen oder eine Aussage dazu machen, da wir diesen Fall nur aus den Zeitungen kennen und diesbezüglich über keine vertieften Kenntnisse verfügen.

Zur Frage 1: Die Stadt Liestal ist als Arbeitgeberin offen gegenüber allen Personen und es gibt keine Politik der Ausgrenzung. Im Zentrum steht die Qualifikation der Lehrpersonen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung. Bisher ist es zu keinerlei Druckversuchen oder Beanstandungen von Erziehungsberechtigten zu Lehrpersonen gekommen. Zudem bemüht sich die Schule darum, die Privatsphäre der Lehrpersonen bestmöglichst zu schützen.

Zur Frage 2: Es ist geplant, dem Thema Sexualkunde im Schulprogramm, welches zur Zeit in Überarbeitung ist, vermehrt Beachtung zu schenken. Er möchte noch anmerken, dass das Schulprogramm nicht in der einwohnerrätlichen Hoheit ist, sondern in die Hoheit des Schulrates fällt. Und die Druckversuche von fundamentalistischen Kreisen erlebt man auf der Primarstufe kaum.

Zur Frage 3: Die Schulleitung ist in der Pflicht, die Umsetzung der Inhalte aus dem Lehrplan sicher zu stellen. Auch wurde schon mit Fachorganisationen zusammengearbeitet. So hatte es beispielsweise ein Projekt mit Medizinstudierenden in den sechsten Klassen gegeben.

Zur Frage 4: Aktuell besucht eine Lehrperson einen CAS-Lehrgang zum Thema „Sexualpädagogik in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen“. Ziel dieser Weiterbildung ist es, dass diese Lehrperson anderen Klassenlehrpersonen entsprechend beratend zur Verfügung stehen kann. Ein wesentliches Anliegen ist es, dass die Klassenlehrpersonen die zentralen Ansprechpersonen für die Kinder und deren Laufbahn sind.

Zur Frage 5: Er hat bereits vorgängig einige Massnahmen erwähnt, welche bereits getroffen worden sind und diese bringen natürlich auch finanzielle Folgen mit sich. Auch sind die Lehrpersonen bei diesem Thema sensibilisiert. Auch gibt es eine Arbeitsgruppe, welche aus der Schulleitung und interessierten Lehrpersonen besteht. Dies tauscht sich aus und organisiert auch ein Weiterbildungsangebot für Lehrpersonen. Ein wichtiger Aspekt ist ebenfalls, dass man im Umfeld der Schule auf eine sorgfältige Wortwahl achtet.

Séverine Salathe (SP) wünscht als Interpellantin die Diskussion.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann feststellen, dass die Diskussion nicht bestritten wird.

Séverine Salathe (SP) meint, dass sie sich heute ausnahmsweise nicht ganz so kurz halten wird. Stadtrat Lukas Felix möchte sie für die Beantwortung der Fragen danken. Auch möchte sie in diesem Zusammenhang würdigen, was bezüglich der Sexualaufklärung bereits an den Schulen in Liestal läuft. Sie möchte auf ein paar Punkte eingehen und mögliche Fragen und Bedenken genauer aufnehmen. Sexualkunde-Unterricht ist ein komplexes Thema, welchem aus ihrer Sicht zwingend Fachpersonen mit Feingefühl und fundiertem Wissen begegnen müssen. Sich zusätzlich mit dem Druck von aussen auseinandersetzen zu müssen, kann sehr überfordernd sein. Gerade wenn Druck ausgeübt wird, rückt auch ziemlich schnell einmal die sexuelle Orientierung oder die Geschlechtsidentität der Lehrpersonen in den Fokus der Diskussion. Gerade so wie auch im Fall Zürich, welcher medial sehr gross behandelt wurde und auch einer der Auslöser für die Interpellation war. Es ist aber einer von sehr vielen, wo es um die Diskriminierung von Lehrpersonen und Schülern geht. Ein professionalisierter Unterricht ist Teil von einer ganz klaren Haltung seitens der Schule und unterstützt Lehrpersonen nicht nur in der Ausführung ihrer Aufgaben, sondern schützt sie gleichzeitig auch vor Diskriminierung. Im Expertenbericht vom Bundesamt für Gesundheit zur Sexualaufklärung wird zudem auch noch darauf hingewiesen, dass bei der Sexualaufklärung durch schulexterne Fachpersonen eine sachdienliche Rollentrennung zwischen der Lehrperson und der beratenden Person bei intimen Themen von Vorteil sein kann. Diese Rollentrennung ist wichtig, weil sie Hemmungen von Schülern abbauen und ihnen Sicherheit bieten kann, sich frei zu äussern. Externe Fachpersonen sind spezifisch geschult, um gerade bei komplexen Fragestellungen begegnen zu können, Ablehnungen aufzufangen und zu behandeln. Natürlich werden Inhalte mit den zuständigen Lehrpersonen von Klassen vorbesprochen und danach auch im Unterricht aufgefangen, aufgearbeitet sowie nachbesprochen. Es geht sicher nicht darum, dass Bezugspersonen aussen vorgelassen werden, sondern dass diese fachlich unterstützt werden. Es soll nicht Neues geschaffen werden, sondern es soll eine Ergänzung und Unterstützung für die Lehrpersonen sein. Es ist auch nicht eine Einmischung von aussen, sondern eben eine ergänzende Unterstützung. Sie findet es auch wichtig, dass die Lehrpersonen gerade durch die Rollentrennung bei involvierten Fachexperten geschützt werden. Es ist sicher nicht das Ziel, den Bildungsplan umzugestalten, da wir diese Kompetenz auch nicht haben. Sondern es geht darum, den Ist-Zustand der Umsetzung vom Lehrplan 21 zu betrachten und darauf zu schauen, dass der auch eingehalten wird. Es ist sicher zu stellen, dass der Sexualkundeunterricht auf dem neusten und wissenschaftlich fundierten Stand ist und umgesetzt wird. Wie den Bildungszielen des Lehrplanes zu entnehmen ist, werden folgende Werte vertreten: Förderung der Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter, wendet sich gegen alle Formen der Diskriminierung, fördert den gegenseitigen Respekt im Zusammenleben mit anderen Menschen insbesondere bezüglich Kultur, Religionen und Lebensformen. Sie trägt einer pluralistischen Gesellschaft zum sozialen Zusammenhalt bei, also der Koexistenz von verschiedenen Interessen und Lebensstilen in einer Gesellschaft usw. Bei der Interpellation geht es weder um irgendwelche ideellen Vorstellungen, noch um eine Wertung der Arbeit unserer Lehrpersonen und/oder gar irgendeinem Absprechen von Kompetenzen. Ganz im Gegenteil geht es darum, die Lehrpersonen in ihren anspruchsvollen Arbeiten bestmöglich zu unterstützen. Und aus persönlicher Erfahrung kann sie an dieser Stelle natürlich nur ein Lob an die Lehrpersonen der Primarstufe Liestal aussprechen. Es ist ihr bewusst, dass für die Umsetzung des Lehrplan 21 der Schulrat verantwortlich zeichnet, doch dieser hat auch die Anliegen der Öffentlichkeit inklusive politischen Gremien wie beispielsweise den Einwohnerrat gegenüber der Schulleitung und umgekehrt zu vertreten, oder liegt sie da ganz falsch? Darum ist es aus ihrer Sicht natürlich eine politische Aufgabe, sicherzustellen, dass der Lehrplan 21 qualitativ gut umgesetzt wird, und vor allem, dass genug Mittel zur Verfügung stehen. Darum ist ihre Frage nicht, ob es dafür ein Budget gibt, sondern ob dieses auch ausreicht. Zudem ist die Aufklärung und die Prävention respektive der Schutz von sexualisierter Gewalt ein Menschenrecht und somit zusätzlich ein politisches Thema. Und wir sind in der Verantwortung, dort ein Auge darauf zu haben. Bei der Frage, mit welchen Massnahmen und finanziellen Mitteln die Stadt Liestal für den Abbau von Diskriminierungen und Vorurteilen gegenüber LGBTQ+-Personen innerhalb den Schulstrukturen sowie auch der weiteren Gesellschaft sorgt, geht es unter anderem darum, die Schule als Teil des Kontextes Gesellschaft zu verstehen. Den Umgang mit Prävention

und Schutz vor Diskriminierung auf der Ebene Stadt hat einen direkten Einfluss auf den Schulalltag und im Endeffekt geht es auch darum, wie die Stadt Liestal den Bestimmungen von Bund und Kanton, welche den Schutz von Personen vor Diskriminierung bezwecken, begegnen.

Verena Baumgartner (GL) meint als Mitverfasserin der Interpellation, dass ihre Vorrednerin zum Vorstoss schon sehr viel gesagt hat. Es ist uns wohl allen klar, dass Leute vor Diskriminierungen jeglicher Art zu schützen sind und dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, was auch die Meinung und heutige Aussage des Stadtrates ist. Es ist deshalb wichtig, dass man darüber aufklärt und darauf sensibilisiert, was es dann alles für verschiedene Diskriminierungsarten gibt. Punkt ist, dass Diskriminierung dann stattfindet oder vermehrt zunimmt, wenn etwas anders oder unbekannt ist. Darum ist es sehr wichtig und nötig, dass auch in der Primarstufe schon ein ganzheitlicher, stufen- und altersgerechter Sexualkundeunterricht durchgeführt wird. Ein solcher ist im Lehrplan 21 vorgesehen und wie dieser dann ausgeführt wird, ist dann schlussendlich eine Frage der Schule. Ihr geht es persönlich auch nicht nur um die Diskriminierung der Lehrpersonen, doch die Arbeitgeber müssen auch diese schützen. Vielmehr geht es auch um die Diskriminierung unter den Schülerinnen und Schülern gegenseitig. Und wenn etwas immer wieder behandelt und thematisiert wird, wird es zur Normalität und dies sollten wir erreichen können. Dies muss nicht unbedingt in Form von Sexualkundeunterricht sein, sondern das kann auch im allgemeinen Unterricht sein, indem man jegliche Lebensweisen und Lebensarten thematisiert, darüber redet und es benennt. Die Lehrpersonen sind halt schon diejenigen, welche täglich mit den Kindern zu tun haben und von aussen auch bei sehr geschützten Familienrahmen noch Inputs geben können.

Eva Eugster (FDP) führt als Mitunterzeichnerin der Interpellation aus, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung im Jahr 2024 immer noch diskriminiert werden, ist selbstverständlich unverständlich und kann nicht so hingenommen werden, weshalb auch die Schulen unterstützend wirken müssen. Gedankengut von Toleranz und Anerkennung von anders Denkenden und Handelnden ist ein wichtiges pädagogisches Ziel und auf das wird die Schule auch Schwergewicht legen müssen. Und das macht sie bereits im Zusammenhang mit der Umsetzung des Lehrplan 21. Der Ansatz davon liegt allerdings ganz am Anfang, nämlich bei der pädagogischen Hochschule. Ausbildungsstätten sollten Lehrpersonen praxisbezogen und nicht nur theoretisch auf das berufliche Leben vorbereiten. Die Vermittlung von Toleranz und Integration von Andersdenkenden im allgemeinen Sinn ist ihrer Meinung nach ein zentrales Thema, welches eben an der PH sehr viel Raum einnehmen sollte, damit Lehrpersonen auch das Wissen erhalten, um dies später vermitteln zu können. Die Hauptverantwortung der Sexualaufklärung liegt aber immer noch bei den Erziehungsberechtigten und dies kann nicht einfach so ausgelagert werden. Für sie stellt sich natürlich schon auch die Frage, wie Fachpersonen für den Schulunterricht so viel Vertrauen finden können, damit dann im Schulunterricht auch das Sinnlichste preisgegeben wird. Sie glaubt, dass da eine Klassenlehrperson mit einer fundierten und guten Ausbildung viel mehr Chancen hat, dass man sich ihr im altersgerechten Sexualunterricht von der ersten bis sechsten Primarschulklasse eher anvertraut.

Alexandra Muheim (SP) möchte als Interpellantin ergänzend zu den vorgängigen Voten noch ein paar Punkte festhalten. Sie möchte nochmals betonen, dass es offensichtlich schweizweit immer wieder Fälle rund um die Diskriminierung von Lehrpersonen gibt. Wichtig ist deshalb als Prävention auch die Ausbildung von Lehrperson und auch die Schaffung von Anlaufstellen für Betroffene im Zusammenhang mit Hass, Diskriminierung, Gewalt, Mobbing, sexueller Orientierung usw. Solche externe Anlaufstellen sollten Lehrpersonen und auch Schülern zur Verfügung stehen. Im Kanton Zürich werden beispielsweise jährlich etwa 500 Fälle rund um das Thema Diskriminierung von Lehrpersonen bearbeitet. Bei einer schweizweiten Umfrage ist herausgekommen, dass rund 2/3 aller Lehrpersonen schon einmal bei der Ausübung ihres Amtes von Gewalt betroffen waren und selbst wenn wir nichts davon hören und wissen, dürfte bei solchen Vorfällen auch Liestal keine Ausnahme sein. Eine professionalisierte externe Anlaufstelle wäre deshalb wahnsinnig wichtig und sinnvoll. Den Lehrpersonen möchte man mit dem Vorstoss überhaupt keine Kompetenzen absprechen. Deutsch ist sicher eine wichtige Voraussetzung für den Bildungsweg, doch die Geschlechteridentität usw. dürfte für den

Lebensweg noch viel wichtiger als der Bildungsweg sein. Und deshalb kann mit einer professionellen Ausbildung in dieser Richtung nicht früh genug begonnen werden, damit man im altersgerechten Unterricht auch darauf eingehen kann.

Benjamin Erni (EVP) meint als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion, dass dieses Thema doch viele Emotionen hervorrufen kann und natürlich auch verschiedene Gruppen davon profitieren können. Wichtig ist, dass alle Menschen, unabhängig ihrer Region, Herkunft, sexuellen Orientierung usw. gleich behandelt und nicht diskriminiert werden. Eine gute Arbeit soll belohnt werden und eine schlechte Arbeit soll Konsequenzen haben. Und dabei soll es egal sein, wer sie ausführt. Es soll auf die Menschen und ihre Leistungen geachtet werden und nicht darauf, wie und woher sie sind. Sexualkunde-Unterricht soll wertefrei stattfinden und soll von keiner Richtung gesteuert oder einseitig geprägt werden. Wichtig ist, dass Kinder stufengerechte Antworten erhalten, bei welchen ihrem Entwicklungsalter auch Rechnung getragen wird. Die Kinder sollen sich sicher fühlen und eine starke Identität bilden können, ohne dass sie zu viele und nicht relevante Informationen erhalten, welche sie nur verunsichern. Auch soll allen in der Gesellschaft vorkommenden Modellen Rechnung getragen werden, doch sollen auch die Mehrheitsverhältnisse miteinbezogen werden. Zeitgemäss heisst nicht, dass es die Konstellation von Mann und Frau, welche sich auch als Mann und Frau sehen, nicht mehr gibt oder diese veraltet ist, denn 87 % der Bevölkerung lebt dieses System. Das Schweizerische Weisse Kreuz verfügt über ein gutes Angebot an Fachpersonen, sollte in den Schulen ein Bedarf an diesbezüglicher Unterstützung bestehen. Auch hat er sich Gedanken bezüglich möglichen Weiterbildungen, diesbezüglichen Massnahmen und finanziellen Mitteln gemacht. Vielleicht könnte ein Unterrichtsmodul zu Themen wie ein respektvolles Miteinander, die Wertschätzung gegenüber Menschen, die Einzigartigkeit jedes Einzelnen usw. den Lehrpersonen angeboten werden, damit diese dann im Unterricht die wichtigen Werte weitergeben können. Dies würde vermutlich mehr bewirken, als wenn man auf einzelne Personengruppen eingehen würde. Dies wäre eine wichtige Grundlage, welche auch Einfluss auf unsere zukünftige Gesellschaft hätte, damit Diskriminierungen eben weniger vorkommen würden und diesen auch entgegengewirkt werden könnte. Wir möchten eine Schule, welche nicht nur zu einzelnen Gruppen freundlich ist, sondern wir möchten in Liestal eine menschenfreundliche Schule.

Stadtrat Lukas Felix meint, er wollte ja eigentlich gar nichts mehr sagen, doch muss er Alexandra Muheim (SP) vehementestens widersprechen, denn ihre Aussage, dass die Geschlechteridentität usw. wichtiger als der Bildungsweg sein soll, kann er nicht unwidersprochen lassen. Sie hat das Wort „wichtiger“ benutzt und das sieht er fundamental anders als sie. Nein, es ist die Primar-Grundstufe, die mit Deutsch und Mathe die Grundlagen legt. Dies ist eminent wichtig, denn wenn ein Kind die Sprache nicht versteht, versteht es auch den Sexualkundeunterricht schlicht und einfach nicht, was zu einem erweiterten Problem führen kann. Als zweite Bemerkung möchte er festhalten, dass wir doch auch in den Augen behalten sollten, in welchem Alter die Kinder auf der Primarstufe sind. Diese sind 4- bis 12-jährig und er kann ihre Aussage bezüglich einem altersgerechten Sexualunterricht unterstützen, denn die Kinder haben anfangs ja noch gar keine sexuelle Identität ausgebildet oder sind im Findungsprozess drin, was man in der Fachliteratur lesen kann bzw. was von dieser bestätigt wird. Dem Votum von Eva Eugster (FDP) kann er sich anschliessen, denn für ihn ist im Schulsystem ganz wesentlich, dass in der Primarschule die Klassenlehrperson die Hauptvertrauensperson und Hauptbezugsperson für die Kinder ist. Er sieht es auch so, dass der Besuch von externen Personen zum Thema Sexualaufklärung doch einen ganz anderen Touch gibt, als wenn dies in den Unterricht integriert und fachlich korrekt ausgeführt wird. Aus seiner Sicht wäre es viel gewinnbringender, wenn die Thematik auf eine wirklich vernünftige Ebene runterkommen würde.

Alexandra Muheim (SP) fasst sich kurz und hält fest, dass die Geschlechteridentität bei den meisten Kindern schon am Tag der Geburt angedichtet wird und deshalb ist dies ihrer Meinung nach wichtiger als die Sprache, doch dies ist vielleicht ihre eigene Meinung.

Séverine Salathe (SP) meint, dass man mit dem Sexualunterricht nicht etwas zusätzliches hinzufügen möchte, sondern dass wir ein Auge darauf haben, dass es ganzheitlich ist und dass das gesamte Bild unserer Gesellschaft und nicht nur eine Mehrheit abgebildet wird. Auf diese längere Diskussion möchte sie nicht weiter eingehen. Ja, es gibt einen Haufen an Fachorganisationen, doch wichtig ist, dass diese mit Peers und mit jungen Menschen arbeiten. Dabei meint sie Kinder und auch Jugendliche der letzten Primarstufe, da Letztere doch schon auch im Übergang sind, mit sozialen Medien sehr konfrontiert sind, mit der Gesellschaft von aussen und auch Diskriminierung. Es macht deshalb Sinn, mit Fachorganisationen zu arbeiten, da die Lehrpersonen dies nicht abdecken können. Dies hat nichts mit einer Wertung, sondern ganz einfach mit dem Altersunterschied zu tun. Es ist nicht eine Angst wegen dem medialen Bericht von Zürich entstanden. Der mediale Bericht aus Zürich hat einfach den Anstoss dazu gegeben, dass schweizweit Interpellationen zu diesem Thema als Weckruf eingereicht werden. Sie möchte doch auch noch schnell auf den Begriff Sexualkundeunterricht eingehen. Sexualität hat nicht nur mit Aufklärung, wie funktioniert die Verhütung usw. zu tun. Sondern es geht auch um mich und meinen Körper bzw. wie ich mich schützen kann. Wie nehme ich die Grenze von meinem Gegenüber wahr? Also es hat ganz viele Themen dort drin, welche nicht zwingend nur Sexualität beinhaltet, so wie man diese allgemein verstehen möchte. Für sie fehlen schon noch genauere Angaben bezüglich der Umsetzung, doch ist es schön, dass der Stadtrat grundsätzlich gegen alle Diskriminierungsformen ist. Doch hätte es sie schon noch Wunder genommen, welche Massnahmen präventiv eingesetzt werden.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2024-224 durch den Stadtrat.

9. Bestattungs- und Friedhofreglement – Motion «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes» vom 01. August 2003» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2024-225)

Stadträtin Marie-Theres Beeler legt dar, dass der Stadtrat den Vorstoss als Postulat und nicht als Motion übernehmen möchte. Die von der Kirchgemeinde gewünschten Anpassungen sind immer möglich. Es gibt übrigens jedes Jahr eine Sitzung des Stadtrates mit den Kirchgemeinden, bei welcher man klären kann, welche Bedürfnisse aufgenommen werden sollen. Eine solche Sitzung hatte letztmals im November stattgefunden und das nächste Treffen findet im kommenden Dezember statt. Was haben die im Vorstoss formulierten Reglementsänderungen für einen Hintergrund haben und was möchte man damit erreichen? Aus diesem Grund ist es wichtig, dass man zuallererst auch mit denjenigen zusammensitzen kann, welche die Motion sozusagen in Auftrag gegeben haben.

Verena Wunderlin (GLP) hält als Motionärin fest, dass sie gerne bereit ist, ihren Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, welches dann vom Stadtrat auch übernommen würde. Bei der Überarbeitung der reformierten Kirchgemeindeordnung haben die reformierten Pfarrpersonen festgestellt, dass eine Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes nötig ist. Die reformierten und katholischen Pfarrpersonen sind zusammengesessen und haben notiert, welche Paragraphen aus ihrer Sicht geändert werden sollten. Sie hat diese in ihrem Vorstoss aufgelistet und ist dankbar dafür, wenn diese Anpassungen geprüft werden könnten. Der Bezug von Bestatter Thomas Schick und weiteren betroffenen Personen wäre sicher nötig und sinnvoll. Sie dankt für die Unterstützung im Zusammenhang mit der Postulatsüberweisung.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) dankt der Verfasserin dafür, dass sie der Umwandlung der Motion in ein Postulat zustimmt. Nun möchten sich die Fraktionssprecher äussern.

Bernhard Bonjour (SP) äussert als SP-Fraktionssprecher, dass seine Fraktion der Postulatsüberweisung zustimmen wird. Er glaubt, dass es gar keinen Widerstand und keine Gefahr gibt, dass man die Vertreter der Kirche nicht ernst nehmen würde, wenn es um das Friedhofsreglement geht. Im Zusammenhang mit dem erwähnten Reglement habe er sich aber schon auch gefragt, ob in diesem Reglement so unglaublich viel im Detail geregelt werden muss. Bei der Prüfung und Berichterstattung könnte sich der Stadtrat vielleicht doch auch noch überlegen, ob es all diese reglementarischen Bestimmungen überhaupt braucht.

Matthias Holinger (GL) bemerkt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass seine Fraktion das Anliegen als Postulat unterstützt, denn dies ist wohl eindeutig der bessere Rahmen, um Anliegen einbringen zu können.

Richard Gafner (FDP) führt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion aus, man habe ja genug lange Zeit dafür gehabt, die Motion zu diskutieren und man ist froh, dass der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wird. Man ist der Meinung, dass das Anliegen im regelmässigen Austausch zwischen der Stadt und den Kirchgemeinden hätte aufgegriffen werden können und so sieht man nicht ganz ein, weshalb dies auf dem Postulatsweg thematisiert werden soll. Aus diesem Grund hat seine Fraktion mehrheitlich entschieden, die Postulatsüberweisung nicht zu unterstützen. Das Anliegen soll im regelmässigen Austausch der Kirchgemeinden mit dem Stadtrat geregelt werden.

Lukas Heinzelmann (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, dass das Bestattungs- und Friedhofreglement bereits anfangs 2021 eine Teilrevision erfahren hat und die im heutigen Vorstoss erwähnten Paragraphen damals unverändert geblieben sind. Seine Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass das Anliegen in Form von einem Postulat an den Stadtrat überwiesen werden soll, damit gegebenenfalls noch neue Wortlaute und Änderungsvorschläge berücksichtigt werden können.

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert, dass das Anliegen der Kirchgemeinden mit oder ohne Postulatsüberweisung geprüft wird. Die Änderungsvorschläge sind aus rechtlichen Gründen bzw. allfälligen strafrechtlich relevanten Hintergründen zu prüfen. Auch organisatorische Belange wie die Frage bezüglich mehrerer Bestattungen an einem Tag müssen angeschaut werden. Diese und weitere Anliegen sowie Themen wird der Stadtrat beim nächsten Treffen mit den Kirchgemeinden vom 3. Dezember 2024 besprechen. Im Zusammenhang mit den Reglementsänderungen wird dann vermutlich wiederum eine Arbeitsgruppe gebildet, wie dies bei der letzten Revision im Jahr 2021 auch schon der Fall war.

Ratspräsident Thomas Eugster (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der von einer Motion in ein Postulat umgewandelte Vorstoss Nr. 2023-225 wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

10. Videoüberwachung Abfallstellen – Motion «Gesetzliche Grundlage betreffend Video-Überwachung von Abfallstellen» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2024-226)

Stadträtin Pascale Meschberger hält fest, dass der Stadtrat die Motion nicht übernehmen möchte, was sie anschliessend an die Voten noch begründen wird.

Verena Wunderlin (GLP) bittet als Motionärin den Stadtrat darum, in ihrem Vorstoss den Begriff „gesetzliche Grundlage“ durch „Betriebsreglement“ zu ersetzen, denn das ist ja auch der Grund dafür, weshalb der Stadtrat ihren Vorstoss nicht übernehmen möchte. Diese Änderung ist ja gemäss § 45 Abs. 4 des ER-Geschäftsreglements möglich und sie hofft, dass der Stadtrat mit diesem neuen Wortlaut ihre Motion nun doch noch übernehmen wird, denn bei all der illegalen Abfallentsorgung muss man doch handeln. Gemäss ihrer Recherche gibt es in Waldenburg, Laufen, Lausen, Füllinsdorf, Pratteln und weiteren Orten bereits solche Videoüberwachungen. Und wenn dies dort möglich ist, wieso nicht auch bei uns? Sie hat von all diesen Gemeinden die Reglemente verlangt und gibt diese gerne dem Stadtrat weiter. Der Datenschutz bezüglich Videoüberwachungen an überwachten Orten ist einzuhalten und mit deutlich sichtbaren Hinweistafeln darauf aufmerksam zu machen. Die klar definierten Datenschutzbestimmungen sind einzuhalten und so kann sicher das Ziel erreicht werden, dass der Abfall am richtigen Ort entsorgt wird, denn die Kamera alleine dürfte schon abschrecken. Kürzlich hat sie beobachtet, wie eine Autofahrerin bei der Frenkenstrassen-Abfallstelle anhielt und Büchergestellte, Bücher usw. ausladen wollte. Diese hatte halt die falsche Person getroffen und so hatte sie die Frau dazu angehalten, alles wieder einzuladen, da dies nicht erlaubt ist. Widerwillig hatte sie dann alles wieder mitgenommen. In verschiedenen Gebieten wird auch Abfall illegal am Waldrand entsorgt und deshalb sollte auch die Stadt dort vermehrt darauf achten und den Riegel schieben. Die Bestimmung von § 45d Abs. 3 des kantonalen Polizeigesetzes ist auch für die Gemeinden gültig und deshalb ist für jede Videoüberwachung ein Betriebsreglement nötig. Sie denkt, dass der Stadtrat deshalb ein Reglement für die Videoüberwachung schaffen sollte und bittet die Ratsmitglieder um Unterstützung.

Bernhard Bonjour (SP) dankt als SP-Fraktionssprecher der Verfasserin für den Vorstoss, doch nach Erhalt des Gutachtens „Videoüberwachung, kommunale Rechtsgrundlage“ ist die Motion aber wohl doch schon erfüllt. Wir wissen jetzt, wie es sich mit den gesetzlichen Grundlagen verhält und was der Datenschutzbeauftragte dazu sagt. Das 15 Seiten umfassende Gutachten war spannend zum Lesen und wird auch sehr ernst genommen. Dem Gutachten konnte entnommen werden, dass Videoüberwachungen zur Verhinderung von Verbrechen und Vergehen gerechtfertigt sind, doch ganz wichtig ist die diesbezügliche Verhältnismässigkeit. Und seine Fraktion hat die ganz klare Haltung, dass eine Videoüberwachung nicht verhältnismässig ist, wenn jemand etwas Falsches irgendwohin stellt. All die Antworten haben wir schon und deshalb möchte man nicht, dass noch etwas mehr gemacht wird. Selbstverständlich kann man noch ganz andere Massnahmen veranlassen, aber nicht eine Videoüberwachung. Den Vorstoss wird man deshalb nicht unterstützen und an den Stadtrat überweisen.

Daniel Jurt (SVP) orientiert als SVP-Fraktionssprecher, dass man den Vorstoss einstimmig überweisen wird. Damit würden ja noch keine Videokameras montiert, sondern lediglich die rechtlichen Grundlagen geschaffen und diese sind ja gewissermassen auch schon vorgegeben, was vom Vorredner bereits festgehalten wurde. Und jetzt kann man natürlich noch darüber streiten, wie viel einem der Dreck stört, welcher irgendwo hingeschmissen wird. Ihn persönlich stört es schon, wenn ein Zigarettenstummel auf den Boden oder durch einen Dohlen-deckel geschmissen wird, denn diese tun den Fischen ja nicht unbedingt gut. Dies wird aber viel gemacht und wenn man die Leute darauf hinweist, sind sie über solche Belehrungen hocherfreut. Ob die Videoüberwachung dann schlussendlich in Liestal bei allen Abfallstellen überhaupt eingerichtet werden kann, muss ja auch noch angeschaut werden, da dies mit Kosten verbunden ist. Auch muss die Frage noch geklärt werden, wer dann gegebenenfalls auch die Überwachung überwacht. Es nützt ja nichts, wenn niemand hinter der Kamera merkt, was vor

der Kamera passiert. Es ist schon etwas komplex und deshalb soll die Motion an den Stadtrat überwiesen werden.

Richard Gafner (FDP) sagt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, man habe den Vorstoss als Motion auch diskutiert und war bezüglich der Überweisung des Vorstosses nicht derselben Meinung. Nach Erhalt der Unterlagen am 23. September 2024 bezüglich der kommunalen Videoüberwachung werden weitere Massnahmen als nicht mehr nötig betrachtet, ausser der Stadtrat möchte selber aktiv werden und unbedingt die Videoüberwachung bei Abfallstellen einführen. Eine Überweisung des Vorstosses würde im Moment über das Ziel hinausschiessen, da die Forderung für eine Schaffung rechtlicher Grundlagen bereits erfüllt ist. Darum spricht sich seine Fraktion gegen eine Überweisung der Vorlage aus.

Natalie Oberholzer (GL) verweist als Sprecherin der Grünen Fraktion auf die erhaltenen Unterlagen sowie Gutachten und verweist auf das Zitat „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren“ von Benjamin Franklin zuoberst auf dem Merkblatt des Datenschutzbeauftragten. Und wer die Unterlagen genau liest, wird nicht mehr so schnell mit gutem Gewissen eine Videoüberwachung fordern. Wir müssen uns alle bewusst sein, dass eine personenbezogene Videoüberwachung ein Eingriff ins verfassungsmässige Recht auf den Schutz der Persönlichkeit ist. Und jeder Einsatz muss auch verhältnismässig sein, wie es vorher auch schon erwähnt worden ist. Die kantonale Aufsichtsstelle Datenschutz warnt vor unverhältnismässigem Einsatz einer Videoüberwachung. Wir dürfen also nicht leichtfertig bei auftauchenden Problemen gleich nach Videoüberwachung schreien. Es ist kein Wundermittel und die Studien haben gemäss Kanton gezeigt, dass die Wirksamkeit einer Videoüberwachung bisher nicht wissenschaftlich belegt ist. Zum Teil wird erwähnt, dass die Kriminalität lediglich um 4 Prozent durch die Videoüberwachung beim Einsatz von Kameras reduziert werden kann. Beim Einsatz von Kameras haben wir zudem das Problem des Verlagerungseffektes, denn der Abfall dürfte dann irgendwo anders landen, beispielsweise im Wald oder in der Ergolz. Wollen wir das wirklich? Eine Videoüberwachung muss auch tatsächlich erforderlich sein. Erforderlich ist sie nur, wenn es keine mildereren Massnahmen gibt. Es müssen also zuerst alle anderen Massnahmen ergriffen werden, welche weniger in unsere Grundrechte eingreifen. Erst wenn die mildereren Massnahmen sich als untauglich erweisen, kommt eine Videoüberwachung überhaupt in Betracht. Ja, dazu gibt es in der Fachwelt diverse Vorschläge, auch für Abfallsammelstellen. Sie könnte noch mehr aus dem kantonalen Merkblatt zitieren, aber das können ja alle auch selber lesen. Ihre Fraktion ist froh, dass der Stadtrat doch noch zum Entscheid gekommen ist, die Motion nicht zu übernehmen und wird einstimmig die Überweisung des Vorstosses ablehnen, damit auch unnötiger Aufwand erspart werden kann. Denn die Antwort ist eigentlich jetzt schon klar: Eine Videoüberwachung für Abfallsammelstellen ist datenschutzrechtlich nicht zulässig und es wird noch mehr Abfall im Wald landen.

Domenic Schneider (GLP) weist als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion darauf hin, dass vielleicht untergegangen ist, dass von Vreni Wunderlin (GLP) der Motionstext angepasst wurde, was gemäss ER-Geschäftsreglement möglich ist. Folglich soll der Stadtrat nun keine gesetzlichen Grundlagen erarbeiten, weil es diese ja bereits gibt, sondern er soll ein Betriebsreglement ausarbeiten. Auch sind Videoüberwachungen aus datenschutztechnischen Gründen möglich, sofern die gesetzlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden. Er möchte nicht über den Sinn und Unsinn von Videoüberwachungen hinweisen, sondern einfach darauf aufmerksam machen, dass es halt auch in der heutigen Zeit in Liestal und der ganzen Welt Menschen gibt, welche es nicht für nötig halten, ihren Abfall korrekt zu entsorgen. Und falls eine Videoüberwachung abgelehnt werden sollte, ist er gespannt auf weitere Vorschläge im Zusammenhang mit der Problemlösung der vorschriftswidrigen Abfallentsorgung. Diese sorgt für Unmut und hat auch einen Nachahmereffekt zur Folge, denn je mehr Leute ihren Abfall einfach wegschmeissen, desto mehr werden es Andere auch tun. Dieses Problem müsste man vielleicht auch in der Schulbildung anpacken.

Florian Sennhauser (FDP) möchte sich als Einzelsprecher ganz allgemein zu Videoüberwachungen äussern. Zuerst möchte er sich outen und festhalten, dass er nicht wirklich ein Fan von Videoüberwachungen im öffentlichen Raum ist, was auf seinen letzten China-Aufenthalt zurückzuführen ist. Man stellt sich ja auf einiges ein, wenn man so ein Land bereist, doch das Ausmass wird einem erst vor Ort klar, spätestens dann, als er mit ein paar Kollegen den chinesischen Nationalpark durchwandern wollte. Wandern ist bei den stets mit Pflastersteinen ausgestatteten Wanderwegen und beidseitigem Handlauf das falsche Wort, zumal man alle 200 Meter auf Schritt und Tritt von Videokameras verfolgt wird. Durch die stetige Überwachung entsteht ein sonderbares Gefühl. Mache ich alles richtig, habe ich mich korrekt informiert usw.? Vielleicht reicht es nicht, wenn ich mich mit meinem Verhalten einfach am gesunden Menschenverstand orientiere. Er weiss, das ist alles etwas überspitzt formuliert, glaubt jedoch, dass es in unserer Bevölkerung auch Mitmenschen gibt, welche sich trotz korrektem Verhalten bei einer Videoüberwachung automatisch unwohl fühlen. Er versteht das Problem mit diesen Abfallsammelstellen durchaus und möchte auch eine Lösung finden. Er sieht jedoch die Videoüberwachung als eine der letzten Massnahmen und als gravierendsten Lösungsansatz. Wie bereits vorgängig von Bernhard Bonjour (SP) gesagt wurde, sollte eine Videoüberwachung verhältnismässig sein. Wie man bereits in einer letzten „Fragestunde“ vom Stadtrat gehört hatte, werden ja bereits heute von der Stadt Abfallsäcke geöffnet und kontrolliert, um Hinweise auf die Täterschaft finden zu können. Dies ist eine vernünftige Lösung und er glaubt, dass die Leute mit diesem Vorgehen auch gar nicht rechnen. Und bei gut sichtbaren Überwachungskameras bei Sammelstellen dürften sich die Leute auch nicht scheuen, zuvor noch den Kragen hochzuziehen oder eine Sonnenbrille zu tragen. Und wie bereits vorher von Natalie Oberholzer (GL) gesagt wurde, dürfte dann der Abfall noch vermehrt am nächsten Strassen- oder Waldrand deponiert werden. Auch glaubt er nicht, dass der Aufwand bei Videoüberwachungen kleiner werden dürfte, als wenn man anstelle der Betrachtung von Videoaufnahmen gleich den Abfall entsorgen würde. Es ist schwierig, das Problem in den Griff bekommen zu können, doch möchte er seine Privatsphäre nicht wegen ein paar Idioten opfern, welche nicht bereit sind, eine Abfallmarke für 2 Franken auf den Kehrichtsack zu kleben. Und wenn wir das Problem mit diesen Überwachungskameras lösen wollen, wer sagt ihm dann, dass man dies nicht auch bei den öffentlichen Toiletten, auf den Kinderspielplätzen oder beim Wasserturmplatz tun wird? Kriminelle Handlungen passieren und dies nicht nur bei den Abfallsammelstellen, sondern meist dort, wo nicht genau hingeschaut wird. Er ist nicht bereit, den Weg mit den Überwachungskameras mitzugehen und deshalb lehnt er den vorliegenden Vorstoss auch ab.

Daniel Jurt (SVP) meint, dass wir spätestens dann, wenn das Thema Bahnhofunterführung wieder einmal kommt, wiederum über die Kameraüberwachung reden werden. Aus Erfahrung weiss er, dass es bei Kameraüberwachungen Leute braucht, die die Bilder anschauen und gegebenenfalls auch intervenieren, denn sonst bringt diese Massnahme eigentlich wenig bis gar nichts. Und wenn man keine scharfen Kameras hat, ist nicht einmal eine Gesichtserkennung möglich. Wenn gar Kappen oder Masken getragen werden, weiss man ebenfalls nicht, wer dahintersteckt. Das sind dann halt schon auch Probleme bei einer Kameraüberwachung.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf das letzte Büro-Protokoll und stellt fest, dass die Motionärin den Vorstoss, welcher eine gesetzliche Grundlage für die Videoüberwachung fordert, nicht in ein Postulat umwandeln möchte. Sie möchte lediglich den Text der Motion umwandeln, wofür das rosarote Antragsformular auszufüllen ist. Dieses Formular füllt man bestenfalls im Vorgang aus, damit das Büro über den exakten Wortlaut verfügt und man dann über diesen Antrag auch abstimmen kann. Gemäss soeben eingegangenen Antrag von Vreni Wunderlin (GLP) soll in ihrer Motion der Begriff „gesetzliche Grundlage“ durch „Betriebsreglement“ ersetzt werden.

Stadträtin Pascale Meschberger meint, dass schon sehr viel gesagt wurde. Und jedes ihrer Argumente, welches gegen die Übernahme der Motion spricht, ist bereits vorgängig erwähnt worden und dennoch möchte sie ein paar Worte zu diesem Vorstoss sagen. Wie der Stadtrat zwischenzeitlich herausgefunden hat, braucht es gar kein Betriebsreglement. Ein solches

Reglement müsste ja vom Einwohnerrat beschlossen werden. Die gesetzliche Grundlage kann aber in einem Erlass im Rahmen der Stadtratskompetenz geschaffen werden. Sollte der Einwohnerrat aber dennoch ein Reglement fordern, so müsste eine neue Motion eingereicht werden. Es ist also eine Stadtratskompetenz, ob wir eine Videoüberwachung machen oder nicht. Und für jede montierte Videokamera braucht es eine Betriebsordnung, was auch weniger verwirrend ist, als wenn man von einem Reglement spricht. Auch ist der Stadtrat nicht generell gegen Überwachungskameras, denn es sind jetzt gerade zwei Betriebsordnungen für die neue Velostation am Bahnhof beschlossen worden, da dort niemand vor Ort ist und es dort Sicherheitsmassnahmen braucht. Die Aufnahmen werden auch regelmässig angeschaut, damit man überprüfen kann, ob sich alle korrekt verhalten und Gewalttaten verhindert werden können. Die zweite Betriebsordnung ist für den Velokeller im Frenken-Schulhaus erstellt worden, was hoffentlich nur vorübergehend nötig ist. Grund dafür waren Hinweise darauf, dass dort gedealt wird und Velos sabotiert werden. Diese Massnahme ist ebenfalls zum Schutz der Kinder getroffen worden, welche dort ihre Velos abstellen. Grundsätzlich ist der Stadtrat aber nicht sehr überzeugt von Videoüberwachungen und wird diese sehr zurückhaltend einsetzen, da die persönliche Freiheit nicht eingeschränkt werden soll und sich die allerwenigsten Leute nicht korrekt verhalten. Mit einer Videoüberwachung wird doch die persönliche Freiheit aller beschränkt, was nicht unbedingt angenehm ist. Und wie Natalie Oberholzer (GL) auch schon gesagt wurde, ist es fraglich, ob so eine Überwachung überhaupt etwas bringt. Gerade bei den Abfallsammelstellen haben wir grosse Mühe mit dem Littering, was uns ja alle immer wieder aufregt. Die Frage ist dann schon, ob wir dann den ganzen Abfall nicht einfach im Wald haben werden, weshalb der Benefit schlussendlich nicht so gross sein wird, wie wir uns dies erhoffen. Darum will der Stadtrat die Motion nicht übernehmen, da er überzeugt davon ist, dass es bei videoüberwachten Abfallstellen dann halt einfach ein Ausweichverhalten geben wird. Ähnlich ist es, wie wenn man dubiose Gruppierungen auf dem Schulhausplatz überwacht und diese dann halt einfach irgendwo anders hingehen. Der Polizeigesetz-Paragraph 45d ist schon recht restriktiv, obwohl dies Juristen vermutlich auch wieder verschieden auslegen werden. Der Stadtrat möchte es restriktiv handhaben und nur dort etwas machen, wo wirklich Verbrechen verhindert werden können. Abfallsünder bekommen einfach eine Ordnungsbusse und werden nicht als Verbrecher behandelt, welche vor Gericht kommen. Auch darf man nicht den Aufwand unterschätzen, denn die Videokamera und auch die Auswertung der Kamera kostet Geld und man hat ja eigentlich auch kein Personal dafür. Dem Stadtrat geht es um die persönliche Freiheit und will keine Kollektivstrafen für eine paar wenige Personen, welche sich nicht an die Regeln halten. Deshalb braucht es die Motion gar nicht, denn wenn es nötig ist, kann der Stadtrat gegebenenfalls eine Betriebsordnung verfassen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die von der Verfasserin umformulierte Motion Nr. 2024-226 wird mit 6 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

11. Gastronomiefreundliche Fasnacht - Bericht Stadtrat zu Postulat «Für eine gastronomiefreundliche Fasnacht» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2023-168)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich der Postulant nun zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2023-168a äussern möchten.

Domenic Schneider (GLP) fasst sich als Postulant kurz, bedankt sich für die stadträtliche Beantwortung des Postulates und stimmt der Abschreibung des Vorstosses zu.

Anja Weyeneth (SP) gibt als SP-Fraktionssprecherin bekannt, dass ihre Fraktion erfreut davon Kenntnis genommen hat, dass die Anpassungen der Verordnung im Sinne des Postulanten sowie Fasnächtler vorgenommen wurden. Man hofft natürlich, dass die Soundstärke nicht überstrapaziert wird, denn es gibt ja auch noch Anwohner, welche am nächsten Tag wieder arbeiten müssen. Den stadträtlichen Anträgen wird man zustimmen.

Simon Fluri (FDP) dankt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion dem Stadtrat ebenfalls für die Postulatsbeantwortung und erklärt, dass auch seine Fraktion den Anträgen zustimmen wird.

Tobias Tanner (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecher, dass man den stadträtlichen Bericht ebenfalls positiv findet und den Anträgen zustimmen wird. Ein Teil seiner Fraktion betreibt aktiv einen Keller an der Fasnacht und wir alle wissen, dass erst ab 3 Uhr morgens die Fasnacht richtig losgeht und dazu braucht es auch fetzige Musik und Unterhaltung.

Stadträtin Pascale Meschberger hält fest, dass der Stadtrat mit dem Postulat einen klaren Auftrag bekommen hat und diesen gerne auch mit der Verordnungsänderung erfüllt hat.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2023-168a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Das Postulat Nr. 2023-168 «Für eine gastronomiefreundliche Fasnacht» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion wird mit 37 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme als erfüllt abgeschrieben.

12. Pflichtparkplätze – Bericht Stadtrat zu Postulat «Teilrevision Zonenreglement Siedlung für weniger Parkplätze» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion (Nr. 2023-186)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich die Postulantin nun zum stadträtlichen Bericht äussern möchte.

Natalie Oberholzer (GL) nimmt als Postulantin Bezug zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2023-186a und erklärt, dass immer mehr Leute autofrei leben oder sich ein Auto teilen. Sie schätzen die Nähe des öffentlichen Verkehrs und bewegen sich im Alltag zu Fuss oder auf dem Velo. Für sie bedeutet das mehr Lebensqualität, aber auch weniger Lärm und mehr Sicherheit für alle. Für solche Personen sind die unnötigen Pflichtparkplätze, welche ihnen aufgebürdet werden, reine Schikane. Mehrere 10'000 Franken müssen sie für etwas hinblättern, was sie nicht benötigen. Ihr Grundbedarf ist eigentlich gleich Null. Es werden so überdimensionierte Tiefgaragen gebaut und wertvolle Flächen überbaut, welche man als Gartenspielplatz usw. sinnvoller nutzen könnte. Auch werden bei autoarmen Mehrfamilienhäusern die Mieten unnötig verteuert. Flexibles Bauen sieht anders aus und es ist schon komisch, dass dies von den liberalen Parteien nicht auch so gesehen wird. Warum erschweren wir den Menschen, die gerne ohne Auto leben, das Wohnen hier in Liestal? Um unsere Verkehrsbelastung in Liestal zu minimieren würde es doch Sinn machen, vor allem Leute ohne eigenes Auto nach Liestal zu locken. Dies brächte eindeutig einen Mehrnutzen und andere Städte haben das bereits erkannt. Möchte Liestal modern sein und dem Trend folgen, sollte man ein autofreies oder ein autoarmes Wohnen mit einer möglichst maximal möglichen Reduzierung der Pflichtparkplätze ebenfalls unterstützen. Unserer Meinung nach sind auch die kantonalen Reduktionsfaktoren, wie sie in der Postulatsbeantwortung aufgezeigt werden, immer noch zu hoch. Durch Aufrunden findet gerade bei Einfamilienhäusern keine wirkliche Reduktion statt. So werden beispielsweise Häuser an der Laubibergstrasse oder an der Baumgartenstrasse mit 10 Minuten Fussweg zum Bahnhof bereits als «mittelmässig erschlossen» deklariert. Ohne Reduktion gilt heute 1,3 bzw. also 2 Parkplätze, welche erstellt werden müssen. Mit dem Reduktionsfaktor von der ÖV-Gütekategorie C beim vorerwähnten Beispiel kommen wir auf einen Faktor von 1,04 und das sind mit einer Aufrundung immer noch genau die 2 Parkplätze. Da nützen also die vorgeschlagenen Reduktionsfaktoren rein gar nichts. Dass also mit der kantonalen Regelung die Anzahl an Abstellplätzen stark reduziert werden soll, stimmt in diesen Fällen überhaupt nicht. Wir verstehen darum die Haltung und die Argumentation vom Stadtrat nicht. Für uns ist das Argument bezüglich einem schlechten Kosten- und Nutzenverhältnis kein schlagendes Argument und scheint uns eher vorgeschoben zu sein. Trotzdem werden wir der Postulatsabschreibung zustimmen, um das Thema wieder über andere Wege weiterverfolgen zu können.

Patrick Mägli (SP) dankt als SP-Fraktionssprecher dem Stadtrat für den Bericht, auch wenn man vom Fazit enttäuscht ist. Zwar ist es heute schon möglich, die Zahl der Pflichtparkplätze zu reduzieren, insbesondere bei Quartierplänen. Aus unserer Sicht wäre es aber wichtig, dass wir in Liestal die Möglichkeiten und die Flexibilität vom kantonalen Recht noch mehr ausnützen würden. Denjenigen Bauherren, welche nur ein absolutes Minimum an Parkplätzen wollen, sollte die Möglichkeit dazu eingeräumt werden. Dies wäre eine liberale Lösung im Gegensatz zu der heutigen starren Regelung, welche aus einer anderen Zeit stammt. Eine Regelung mit der Reduktion von Pflichtparkplätzen würde es ermöglichen, dass Parkplätze, welche nicht nötig sind, nicht gebaut würden. Somit könnten die Baukosten gespart und damit auch Wohnkosten reduziert werden. Gerade eine Stadt wie Liestal, welche sehr gut an das regionale öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen ist, wäre prädestiniert für Wohnbauten ohne oder mit wenigen Parkplätzen. Der Stadtrat kommt aber leider zum Schluss, dass der Mehrwert einer eigenen Regelung wegen den damit zusammenhängenden Vollzugskosten im Vergleich zur heutigen Regelung zu klein ist. Das bedauert seine Fraktion sehr und man hat das Gefühl, dass damit eine Chance vergeben wird. Da auch die Postulantin einer Abschreibung ihres Vorstosses zustimmt, wird man den stadträtlichen Anträgen ebenfalls zustimmen.

Lorenz Holinger (SVP) erklärt als Sprecher der SVP-Fraktion, dass es seine Fraktion gleich wie der Stadtrat sieht und absolut keinen Mehrwert sieht, welchen ein neues kommunales Abstellplatzreglement bringen könnte. Dieses müsste extern für teures Geld erarbeitet werden und ist absolut nicht notwendig, weil im übergeordneten kantonalen Recht bereits heute alles geregelt ist und schon entsprechende Reduktionen von Pflichtparkplätzen möglich sind. Auch die Folgen von diesem Reglement wären nicht unerheblich, wenn neu die Stadt anstelle vom kantonalen Bauinspektorat bei jedem Baugesuch selber die notwendige Anzahl an Parkplätzen prüfen, nachrechnen und entsprechend handeln müsste. Auch das würde nur zu langfristigen Mehrkosten und Mehraufwand für die Verwaltung führen. Gerne möchte er an dieser Stelle noch in Erinnerung rufen, dass wir erst anfangs Jahr die Ersatzabgabe von den nicht gebauten Parkplätzen vereinheitlichten und auf neu 15'000 Franken pro nicht gebauten und geforderten Parkplatz festgelegt hatten. Damit werden alle Bauherren aus finanzieller Sicht gleichgestellt, ob sie jetzt einen Parkplatz bauen oder eben nicht und dafür gegebenenfalls eine Ersatzabgabe leisten müssten. Auch die Ersatzabgabebeiträge würden entsprechend reduziert, was negative Auswirkungen auf die Stadtkasse hätte. Der Bedarf an Parkplätzen wird auch langfristig nicht geringer werden und die entsprechenden Infrastrukturen sind bereitzustellen. Dies selbst dann, wenn man vielleicht aus ideologischen Gründen bei sich daheim keinen Parkplatz haben möchte. So braucht man vielleicht doch auch einmal einen Handwerker, welcher mit dem Auto kommt oder ein Päckchen wird im Auto geliefert. Oder man bekommt Gäste zu Besuch, welche ebenfalls mit dem Auto anreisen. Schier unglaublich, aber das soll es offenbar auch heute noch geben. Seine Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates folgen.

Sonja Niederhauser (EVP) hält als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion fest, dass man ebenfalls der Meinung ist, dass die Argumentation vom Stadtrat nachvollziehbar ist und Liestal kein eigenes Reglement braucht, da die übergeordnete kantonale Gesetzgebung ausreicht. Es ist bereits heute möglich, die Pflichtparkplätze-Anzahl reduzieren zu können und nur weil es heute nicht gemacht wird, heisst das noch nicht, dass wir ein eigenes Reglement brauchen. Wir müssen einfach das, so wie es vorliegt, auch entsprechend nutzen. Man nimmt Kenntnis vom stadträtlichen Bericht und stimmt seinen Anträgen zu.

Werner Fischer (FDP) äussert als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass er auf Wiederholungen verzichte und er sich vielen Sachen anschliessen kann. Und es ist wohl schon so, dass es unnötige Parkplätze eigentlich gar nicht gibt, zumal solche gegebenenfalls für viele andere Sachen gebraucht werden könnten. Wir bauen heute Quartierstrassen sehr stark zurück oder schmälern diese, weshalb man doch froh ist, wenn man auf seinem privaten Abstellplatz kurz etwas deponieren kann. Und bezüglich der Kosten für die Erstellung eines Parkplatzes möchte er doch festhalten, dass diese wohl nicht die wesentlichen Kostentreiber bei Bauvorhaben sind. Und für einen Parkplatz mit einer bekiesten Fläche von rund 10 m² dürften sich die Kosten auf weit unter CHF 5'000 belaufen. Er sieht das Problem einfach nicht und möchte flexibel bleiben. Wir reden von verdichtetem Bauen und Quartieren, welche die nächsten 50 bis 100 Jahre noch bestehen bleiben. Wer weiss, was sich in dieser Zeit ändern wird? Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Verena Baumgartner (GL) teilt als Sprecherin der Grünen Fraktion mit, dass es wohl noch zur Genüge unnötige Parkplätze gibt. Bezüglich den Kosten möchte sie festhalten, dass ihre Familie ein Haus an der Frobürgstrasse gekauft hat und sehr froh war, dass nicht noch Parkplätze realisiert werden mussten, denn die Kosten hätten sich vor allem wegen der teuren Aushubkosten auf rund CHF 80'000 und mehr belaufen. Es ist nicht nur ein bisschen Geld, sondern es handelt sich teilweise um beträchtliche Beträge, so hatte sich die Kostenschätzung bei einem Nachbarn auf rund CHF 200'000 belaufen, dies wiederum wegen der Hanglage bzw. den höheren Folgekosten, welche in Liestal ja wohl öfters in Kauf genommen werden müssen. Ja, Parkplätze sind nützlich, doch würde es ihrer Familie eher nützen, wenn weniger Autos auf der Strasse entlang ihrem Zaun stehen würden. Es ist halt nun so, dass Kinder Fussball spielen und die Autos langsamer fahren müssen, weil es auch noch Autos auf der Strasse hat,

doch leben sie in einem lebendigen Quartier. Auch ihnen würde hie und da ein Parkplatz nützen, doch ein solcher ist für sie definitiv nicht nötig und zu teuer.

Natalie Oberholzer (GL) nimmt als Postulantin Bezug auf das Votum von Werner Fischer (FDP) und hält fest, dass sie in einer Siedlung mit 13 Parteien wohnt und 5 Parteien davon besitzen seit rund 20 Jahren kein Auto. Das heisst, dass 5 Parkplätze vergebens gebaut werden mussten, die Tiefgarage demnach überdimensioniert ist und CHF 20'000 folglich für nichts bezahlt werden mussten.

Werner Fischer (FDP) entgegnet, dass bereits gesagt wurde, dass Quartierstrassen immer schmaler werden und wenn man einen Handwerker oder eine Mulde braucht, haben wir ein riesiges Problem und ein Strassenverkehr ist dann oftmals nicht mehr möglich. Wir bestellen immer mehr Güter, welche mit der Post oder mit Stückgut-Transporteuren geliefert werden. So hat er in Basel schon beobachtet, dass diese mitten auf der Strasse anhalten, die Lieferung machen, und dann ein paar Meter später wiederum auf der Strasse parkieren, damit sie das nächste Päckli ausliefern können. Dies ist unvermeidlich, weil die Chauffeure nirgends mehr freie Parkplätze vorfinden. Selbstverständlich kann es bei schwierigem Gelände an der Hanglage usw. teurer werden. Ein Parkplatz muss jedoch nicht immer eine versiegelte Fläche sein und er kämpft hier drin schon lange, dass solche Flächen durchlässig sein sollten, damit das Wasser versickern kann. Auch müsste die Stadt für den ganzen Vollzug von gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen verantwortlich zeichnen und hätte nach all dem Aufwand schlussendlich keinen Nutzen davon.

Séverine Salathe (SP) führt aus, dass sie ebenfalls ein Beispiel mitten im Stedtli geben könnte, wo man seit mehreren Jahrhunderten ohne Parkplatz klarkommt und sie hatte auch noch nie einen DHL-Chauffeur gesehen, welcher auf einem Parkplatz angehalten hatte. Und die Diskussion, wie nützlich die Parkplätze im Stedtli sind, möchte sie jetzt nicht auch noch eröffnen.

Domenic Schneider (GLP) meint, es sollte doch jedem Hausbesitzer selber überlassen werden, ob er einen Parkplatz sinnvoll oder unnötig findet. Das kantonale Recht besagt, wie ein Baugesuch behandelt werden soll und so wie dies jetzt formuliert ist, findet er gar nicht so schlecht. Und bezüglich der unnötigen Parkplätze ist es tatsächlich so, dass auch der Vorbesitzer seiner Liegenschaft gefunden hatte, dass es keine Parkplätze braucht. Dieser konnte die Liegenschaft drei Jahre nicht verkaufen, bis er diese dann erworben und einen Parkplatz auf dem Gelände selber gebaut hatte, was ihn gerade einmal CHF 4'000 gekostet hatte. Bei diesem Geschäft sind Meinungsunterschiede vorhanden und er ist gespannt auf die Abstimmung.

Lukas Heinzelmann (SVP) teilt mit, dass im Fischmarkt schon seit mehreren Wochen ein Kran auf öffentlichen Parkplätzen steht und wenn diese nicht unnötig wären, müsste der Kran ja sonst irgendwo stehen.

Stadtrat Daniel Muri meint, er hat die ganzen Parkplatz-Diskussionen schon richtig vermisst, doch heute ist es nun wieder einmal so weit. Es gibt berechnete Pro- und Contra-Argumente und er möchte die Debatte nicht unnötig verlängern. Auch er ist als Handwerker froh über freie Parkplätze bei seiner Arbeit. Auch kann man beispielsweise im Grundbuch den Kauf und die Nutzung eines Parkplatzes auf einer Nachbarparzelle eintragen lassen. Die Folgen bei einem Verkauf der Nachbarsparzelle sind ihm jedoch unbekannt. Und wenn man keine Parkplätze besitzt oder möchte, so müsste man dann wohl auch Kaufinteressenten suchen, welche ebenfalls keine Parkplätze wollen. Spätestens dann muss abgewogen werden, ob die Liegenschaft mit einem Parkplatz nicht besser verkauft werden könnte als ohne Parkplatz. Auch vom Stadtrat muss abgewogen werden, ob man für ein neues kommunales Reglement viel Geld ausgeben müsste, obwohl dafür schon ein kantonaler Erlass besteht. Auch das im Januar verabschiedete Parkplatzreglement lässt einige Spielräume offen und oftmals ist schon etwas Ideenreichtum nützlich und vorteilhaft.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

- ://: Der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2023-186a zum Postulat wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
- ://: Der Abschreibung des Postulates «Teilrevision Zonenreglement Siedlung für weniger Parkplätze» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion wird einstimmig zugestimmt.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.05 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Thomas Eugster

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann